

Diss.

730(7)

Ueber

die

Nothwendigkeit und Art

der

Trennung der Justiz von der
Administration und Polizei
in Staaten mit Verfassung.

Inaugural - Abhandlung

von

Joseph Barth,

beider Rechte Doctor.

W ü r z b ü r g 1 8 2 3.

Gedruckt bei Carl Wilhelm Becker, Universi-
täts - Buchdrucker.

Justitia omnium est domina et regina virtutum.

Cic. de offic. Lib. III. c. 6 No. 28.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

V o r w o r t.

Die Verfassung enthält die Grundgesetze für das Leben des Staates; weßwegen alle übrigen Gesetze — im Gegensatze der ersteren abgeleitete Gesetze genannt — mit den Bestimmungen der Verfassung in der vollkommensten Uebereinstimmung stehen, und die Grundwahrheiten, auf welche die Verfassung gebaut ist, in allen Zweigen der abgeleiteten Gesetzgebung durchgeführt werden müssen.

Da demnach nicht nur alle früher promulgirten Gesetze nach dem Geiste der Verfassung zu

modificiren , sondern auch alle neuen Gesetze nur in diesem Geiste abzufassen sind, und die richtige Anwendung der Gesetze durch die Kenntniß der denselben zu Grunde liegenden Motive sehr erleichtert wird, so folgt mit Nothwendigkeit, daß die Vorbereitung für den Staatsdienst in verfassungsmäßigen Monarchien, aufser dem Studium der Staats- und Rechts-Wissenschaft, der vaterländischen Gesetzgebung und deren Geschichte, auch, und zwar ganz vorzüglich, das Studium der in den einzelnen Bestimmungen der Verfassung anerkannten Grundwahrheiten und des Einflusses derselben auf sämtliche Theile der abgeleiteten Gesetzgebung erfodere.

Hievon überzeugt, habe ich mich dem Studium dieses Einflusses auf die organische und bürgerliche Gesetzgebung gewidmet, und

8

zum Gegenstande dieser Abhandlung die Nachweisung der in dem Verfassungszwecke begründeten Nothwendigkeit der Trennung der Justiz von der Administration und Polizei gewählt, weil ich einer Seits durch meine Praxis bei dem k. Landgerichte Erlangen und dem k. Kreis- und Stadtgerichte Nürnberg von den Nachtheilen der Vereinigung der Justizgeschäfte mit den Functionen der Administration, Polizei und s. g. freiwilligen Gerichtsbarkeit mich praktisch überzeugt, anderer Seits aber die Bewährung jener Ansichten, welche ich mir über den Einfluß der in der vaterländischen Verfassungs-Urkunde anerkannten Grundwahrheiten auf die vaterländische Civilgesetzgebung gebildet, von der Fortsetzung meiner Praxis erst zu gewärtigen habe.

Was übrigens sowohl die inländische, als die ausländische Li-

teratur des gewählten Stoffes betrifft, so bedarf dieselbe um so weniger einer Wiederholung, als sie noch wenig ausgebildet und wegen des allgemeinen Interesses an dem in Rede stehenden Gegenstande allgemein bekannt ist.

Würzburg im December 1822.

Der Verfasser.

Einleitung.

In allen verfassungsmässigen Staaten Deutschlands wird über Mängel im Justiz- und Administrativ-Wesen geklagt.

Zu den Gründen derselben wird der Mangel eines allgemeinen Civil- und Verwaltungsgesetzbuches und zweckmässiger Vorschriften für das Verfahren in Justiz- und Verwaltungs-Sachen einstimmig gerechnet; desto verschiedener sind dagegen die Ansichten darüber, ob in die Reihe jener Gründe auch die Vereinigung der Administration und Polizei mit der Justiz zu stellen sey oder nicht? Ein Theil hält die Vereinigung für so nachtheilig, daß er die Entfernung der allgemein gerügten Gebrechen des Justiz- und Administrativ-Wesens ohne Trennung der Justiz von der Administration und Polizei für unmöglich erklärt, während der andere Theil eine grundhaltende Verbesserung des Justiz- und Administrativ-We-

sens, nicht nur für vereinbarlich mit der Vereinigung der in Rede stehenden Functionen, sondern sogar als durch den Fortbestand dieser Vereinigung bedingt erachtet.

Ist die Abstellung jener Klagen um so mehr von allgemeinen und hohen Interesse, als die Justiz, Administration und Polizei das ganze innere Leben des Staates umfassen, so muß die Erörterung der Frage über die Trennung dieser Staatsthätigkeiten von gleich allgemeinen und hohen Interesse seyn, weil die Einen eben so die Vereinigung, wie die Andern die Trennung für unumgängliche Bedingung der Abhülfe jener Klagen erklären, und sich, bei Ermangelung eines anderen Ausweges, doch entweder für die Trennung oder den Fortbestand der Vereinigung entschieden werden muß. Diese Frage wird dadurch noch interessanter, daß bereits in der vaterländischen und badischen Ständeversammlung auf Trennung der Justiz von der Administration und Polizei der Antrag gestellt worden ist.

Da nicht nur die Trennung oder Vereinigung, sondern auch die übrigen organischen, die materiellen und formellen Gesetze auf den Zustand des Justiz- und Administrativ-Wesens einwirken, so kann letzterer nur dann als Wirkung der ersteren betrachtet

werden, wenn man den Zusammenhang jenes Zustandes mit der realisirten Trennung oder Vereinigung, nach den Regeln der Causalität, als nothwendig erkennt.

Es wird zwar auch in jenen Staaten, in welchen der Grundsatz der Trennung angenommen ist, über Mangelhaftigkeit im Justiz- oder Verwaltungs-Wesen geklagt, als Grund der Gebrechen aber keineswegs die Trennung der in Frage befangenen Functionen, sondern die Unvollständigkeit der übrigen gesetzlichen Bestimmungen angegeben.

So wurde in der württembergischen Ständeversammlung blofs über die Art der Trennung, über die durch diese begründete Vermehrung der Staatsausgaben, und die zugleich eingeführte neue Civilprozeßordnung geklagt, der Grundsatz der Trennung aber nicht nur nicht angefochten, sondern überdies von dem Antragsteller am Ende seines Planes einer minder kostspieligen Organisation der Unterbehörden ausdrücklich bemerkt, daß die in Vorschlag gebrachte Organisations-Art den Grundsatz der Trennung nicht verletze.

In Frankreich sind die Publicisten so sehr davon überzeugt, daß die Gebrechen im Justiz- und Verwaltungs-Wesen nicht durch die Trennung der mehr erwähnten

Functionen begründet werden, daß sie eben darin das Hauptgebrechen des französischen Staats - Organismus finden, daß in Ansehung der administrativ - contentiösen Sachen der Grundsatz der Trennung nur bei der ersten Instanz, in welcher der von der Administration ganz unabhängige Präfektur - Rath erkennt, durchgetührt, und die Entscheidung in zweiter und letzter Instanz dem Staatsrathe übertragen ist, obwohl dessen Glieder nicht nur an der Gesetzgebung, sondern auch an der Verwaltung Antheil nehmen.

Eben so wird in England, wo der Grundsatz der Trennung auch in Beziehung auf die administrativ - contentiösen Gegenstände vollständig durchgeführt ist, nicht die Durchführung dieses Grundsatzes, durch welche der Britte die Gewähr der bürgerlichen Freiheit bedingt erachtet, sondern der Mangel geeigneter Mittelorgane zwischen den untern und obern Administrativ - Behörden, als Grund des unvollkommenen Zustandes der Sicherheits - Medicinal - und Armen Polizei erkannt.

Diesemnach ist die Behauptung derjenigen, welche die Trennung der Justiz von der Administration und Polizei für eine Quelle neuer Gebrechen im Justiz - und Ad-

ministrativ - Wesen erklären, factisch widerlegt.

Durch den Beweis der Unschädlichkeit der Trennung ist aber noch keineswegs die Nothwendigkeit derselben dargethan.

Die Nothwendigkeit der Trennung der Justiz von der Administration und Polizei für Staaten mit Verfassung nachzuweisen, und die Hauptgrundsätze für die Art der Trennung aus der Natur dieser Functionen abzuleiten, ist Zweck gegenwärtiger Abhandlung, welche nach dieser *doppelten* Tendenz, in zwei Abtheilungen zerfällt.

In der ersten Abtheilung soll, in zwei Abschnitten:

1) *Die Nothwendigkeit der Trennung* als durch den Verfassungs - Zweck begründet, *mittelst Feststellung* der Begriffe von *Administration, Polizei, Justiz* und *Verfassung*, nachgewiesen, und

2) gezeigt werden, daß die Realisirung mehrerer *verfassungsmässigen Bestimmungen*, so wie mancher durch die in sämtlichen Verfassungs - Urkunden anerkannten Grundwahrheiten begründeten *Wünsche der Völker* durch die Verwirklichung der Trennung bedingt ist.

Die zweite Abtheilung, in welcher die Hauptgrundsätze für die *Art* der Trennung

aus der Natur der in Rede stehenden Functionen abgeleitet werden sollen, theilt sich gleichfalls in zwei Abschnitte, welche zum Gegenstande haben:

1) Die *Bezeichnung der Marken und die Gränzberichtigung* für das Gebiet der Administration, Polizei und Justiz,

2) den Versuch einer Andeutung zu der *practischen Verwirklichung oder Organisation der Administration, Polizei und Justiz, mit Hinblick auf eine entsprechende Direction der Wirksamkeit aller Zweige, zur Erreichung des gemeinsamen Zieles.*

I. Abtheilung.

er die Nothwendigkeit der Trennung der
iz von der Administration und Polizei für Staa-
ten mit Verfassung.

I. Abschnitt.

Ableitung der Nothwendigkeits der Trennung aus dem
Verfassungs-Zwecke, mittelst Feststellung der Begriffe
von Administration, Polizei, Justiz und Verfassung.

§. 1.

Die Feststellung der Begriffe von Admi-
nistration, Polizei, Justiz und Verfassung
setzt die Bestimmung des Begriffes vom Staa-
te voraus.

§. 2.

In Ansehung der Bildung dieses Begrif-
fes ist vor Allem zu bemerken:

1) dafs, bei dem contradictorischen Ge-
gensatze der Begriffe von Willensfreiheit und
Willensunfreiheit, nur zwei Entstehungs-
Gründe der Staaten möglich sind, nemlich
ausdrücklicher oder stillschweigender Vertrag

und Gewalt *), daß aber nur ersterer einen *wahrhaft rechtlichen* Zustand begründet, weil, bei dem ursprünglichen Rechte aller Menschen auf freie Wirkung in der Sinnen-Welt, Zwang nur zur Entfernung erfolgter Beeinträchtigung der Rechtssphäre rechtlich, und mithin in jedem anderen Falle *widerrechtlich* ist,

2) daß jeder der gegenwärtig bestehenden Staaten, sollte er sich auch abwechselnd die Erreichung aller der verschiedenen Zwecke, welche die einzelnen Staatswissenschaftslehrer als Aufgabe des Staates bestimmt und materiell bezeichnen, als Ziel vorstecken, dieser Aenderung ungeachtet, immer Staat bleiben würde, und daher der Begriff vom Staate nicht durch ausschließende Annahme eines dieser bestimmten materiellen Zwecke, sondern nur durch Festhaltung des allen diesen Zwecken zu Grunde liegenden gemeinsamen Principes — *Verwirklichung des allgemeinen, mit den Grundsätzen*

*) Der Fall, daß ein Staat ohne Zwang gegen die Staatsglieder und zugleich ohne ihre Einwilligung entstehe, ist juristisch undenkbar, weil in der Bernuhigung bei dieser ihre Rechte beschränkenden Anstalt die stillschweigende Einwilligung der Staatsglieder in die Errichtung des Staates liegen würde.

der Moral und des Rechtes nicht im Widerspruche stehenden Willens — erschöpft werden kann, endlich

3) daß zur Erreichung dieses Zweckes vorzüglich deßwegen das Mittel der Vereinigung gewählt wird, um in dem Falle, wenn die übrigen sachgemäßen Mittel die Verwirklichung des allgemeinen Willens nicht bewirken sollten, dieselbe durch vereinte Kräfte erzwingen zu können.

§. 3.

Aus diesen Bemerkungen, durch welche die Begriffs-Bestimmung des Staates, als eines Vereines zu der — nöthigen Falls auch mittelst Zwanges zu realisirenden — Verwirklichung des allgemeinen, mit den Grundsätzen der Moral und des Rechts nicht im Widerspruche stehenden, Willens gerechtfertigt wird, folgt, daß bei Feststellung des Begriffes vom Staate der Staatszweck *nur formell*, für concrete Staaten aber auch materiell bestimmt, und in diesem Falle eine Veränderung, mittelst Verengung oder Erweiterung des materiell bestimmten Zweckes, nur auf dieselbe Weise bewirkt werden könne, in welcher die ursprünglich rechtliche Begründung oder nachherige Umwandlung des ursprünglich factischen Zustandes in einen rechtlichen erfolgt ist.

§. 4.

In den Staaten mit Verfassung, welche für diese Abhandlung allein in Betrachtung kommen, spricht sich in den einzelnen Bestimmungen der Verfassungs - Urkunden durchgehends *Sicherheit der Rechte aller Staatsglieder als primitiver Zweck des Staates* aus *).

§. 5.

Die Erreichung dieses Zieles ist aber nur durch mehrere von Seiten der Staatsglieder dem Staate zu bringenden Opfer möglich. Diese bestehen, in *Beschränkung des Gebrauches ihrer persönlichen und dinglichen Rechte, in so weit dieses zur Realisirung des Staatszweckes unumgänglich nothwendig ist, in Leistung der zur Erreichung dieses Zweckes von ihrer Seite erforderlichen persönlichen Dienste, und in Beiträgen zur Bestreitung der auf Gründung und Erhaltung der zur Verwirklichung des Staats - Zweckes nöthigen Anstalten erlaufenden Kosten.*

§. 6.

Die Staatsglieder können entweder einzeln und zerstreut, (wie diess bei Gründung der Staaten auf neu entdeckten Erdstrichen öfter der Fall ist,) oder in grösseren Parthien

*) Die Constitutionen der europäischen Staaten in den letzten 25 Jahren. Leipzig bei Brockhaus.

näher beisammen wohnen. Durch die Vereinigung zum Staate treten die Staats-Glieder nur in ein *gesellschaftliches*, durch dieses nähere Beisammenwohnen aber auch in ein *geselliges* Verhältniß. Die in geselligen Verhältnissen lebenden Staatsglieder sind in allen Staaten zur *Verhütung der aus dem näheren Beisammenwohnen für die Rechtssicherheit entspringen könnenden Nachtheile* und zur *gemeinschaftlichen Unterhaltung der zur Erreichung des Staatszweckes erforderlichen, jedoch in der Wirkung auf ihr Interesse beschränkten, Anstalten* vereint *). Diese Vereine werden *Gemeinden* genannt.

§: 7.

So wie die Erreichung des Staatszweckes durch mehrere von den Staatsgliedern zu bringenden Opfer, so ist auch die Erreichung des Gemeindezweckes durch mehrfache Opfer der Gemeindeglieder bedingt. Diese Opfer bestehen in Beschränkung des Gebrauches der persönlichen und dinglichen Rechte, in soweit als dieses zur Erreichung des *Gemeindezweckes* nothwendig ist, in Leistung der zur Erreichung dieses Zweckes erforderlichen persönlichen Dienste, und in Beiträgen zur

*) Z. B. Lokalarmenanstalten, Straßenbeleuchtung
u. s. w.

Bestreitung der auf Gründung und Erhaltung der Gemeinde-Anstalten erlaufenden Kosten.

§. 8.

Durch die Vereinigung zum Staate und in Gemeinden erhalten diese Corporationen das Recht, die zur Erreichung ihrer Zwecke nöthigen Opfer von den Staats- und Gemeinde-Gliedern zu fordern, letztere dagegen das Recht der Theilnahme an allen zur Erreichung des Staats- und Gemeinde-Zweckes erforderlichen Anstalten. Die Bildung des Staates und der Gemeinden, welche die der Staats- und Gemeinde-Beamten zur nothwendigen Folge hat, begründet daher, zwischen diesen Corporationen einer, und ihren Gliedern und Beamten anderer Seits, eine eigene Klasse von Rechten und Pflichten. Die für die Coexistenz einzelner Personen und Personen-Gesellschaften in der Vernunft begründeten Rechte und Pflichten müssen durch den Staat näher bestimmt, und, in so fern es die Erreichung des Staatszweckes erfordert, modificirt werden. Oefters werden aber auch durch den Staat ganz neue Rechte und Pflichten geschaffen, wie diejenigen sind, welche aus der Gebundenheit der Gewerbe entstehen.

§. 9.

Die auf den, durch den *Corporationsverband*

begründeten, und die auf den, durch den Staat ganz *neugeschaffenen*, Rechten und Pflichten beruhenden Rechtsverhältnisse werden *administrative*, jene dagegen, welche auf den für die *Coexistenz* einzelner Personen und Personen-Gesellschaften in der Vernunft begründeten, durch den Staat nicht erst geschaffenen, sondern nur näher bestimmten und modificirten, Rechten und Pflichten beruhen, werden *civil* Rechtsverhältnisse genannt.

§. 10.

Die Realisirung des Staatszweckes, welche dadurch bedingt ist, daß die hiezu geeigneten Mittel gewählt und verwirklicht werden, begründet vier Arten von Staatsgeschäften.

§. 11.

Die Wahl der zur Erreichung des Staatszweckes geeigneten Mittel bildet die erste Art der Staatsgeschäfte, welche den Namen *Gesetzgebung* führt.

§. 12.

Was die Verwirklichung der gewählten Mittel durch den Staat betrifft, so kann dieselbe, weil außerdem der Staat Gefahr laufen würde, seinem Zwecke geradezu entgegen, die Rechte der Staatsglieder selbst zu

verletzen, nur da, wo die Gewissheit vorliegt, daß dadurch kein Staatsglied an seinen durch den Staat zu schützenden Rechten verletzt werde, so fort und unabänderlich — definitive — erfolgen. Die diese definitive Gesetzesvollziehung bewirkende Staatsthätigkeit wird *Execution* genannt.

§. 13.

Die so eben gefoderte Gewissheit kann sowohl in den zu vollziehenden Gesetzen selbst liegen, wenn dieselben weder mit individuellen Rechten noch mit individuellen Pflichten in Beziehung stehen, mithin eine Verletzung der ersteren undenkbar ist, als in jenen Fällen, wo eine solche Verletzung als möglich gedacht werden kann, durch die Anerkennung der Uebereinstimmung des Gesetzes mit den zu realisirenden Forderungen, von Seiten aller Interessenten, oder durch die Vorlage einer rechtskräftigen Entscheidung, über die Anwendbarkeit des Gesetzes auf den vorliegenden Fall, bewirkt werden. Demnach muß dem definitiven Vollzuge jener Gesetze, welche solche Rechte und Pflichten des Staates und der Gemeinden bestimmen, in Ansehung derer eine Collision mit den Rechten einzelner Staats- und Gemeinde-Glieder eintreten kann, eine auf Verwirkli-

chung jener Anerkenntniss oder dieser Entscheidung gerichtete Thätigkeit vorangehen, welcher jedoch des allgemeinen Bestens wegen, in den meisten Fällen, das Recht der vorläufigen und abänderlichen — provisorischen — Vollziehung gesetzlich eingeräumt ist. Diese Thätigkeit, welche demnach auf Verwirklichung der in Rede stehenden Gesetze gerichtet ist, ohne jedoch die hierbei sich ergebenden Rechtscollisionen selbst zu schlichten, noch jene Gesetze definitive zu vollziehen, heisst *Administration*, und wird, je nachdem die Gesetze, auf deren Verwirklichung sie gerichtet ist, Rechte und Pflichten des Staates oder Rechte und Pflichten der Gemeinden bestimmen, Staats- oder Gemeinde-Administration genannt.

§. 14.

Unter die Klasse der Gesetze, bei deren Vollzug eine Verletzung individueller Rechte möglich ist, gehören auch jene, welche die Bestimmung der durch den Staats- und Gemeinde-Zweck als nothwendig gebotenen Beschränkungen der persönlichen und dinglichen Rechte der Staats- und Gemeindemitglieder enthalten, die zur Vorbeugung von Rechtsstörungen und Rechtsverletzungen so wie zur Verhütung der unmittelbar aus dem

geselligen Beisammenwohnen entspringenden Nachtheile geeigneten Maafsregeln und Anstalten bezeichnen, und die Strafen der Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen aussprechen. Die auf den Vollzug dieser Gesetze gerichtete *administrative* Thätigkeit heisst *Polizei*. Diese ist daher nur ein Theil der Administration und zwar derjenige, welcher die, der Erreichung des Staats- und Gemeinde-Zweckes wegen, dem Staate und den Gemeinden auf Beschränkung der persönlichen und dinglichen Rechte der Staats- und Gemeinde-Glieder eingeräumten Befugnisse ausübet, durch gesetzlich vorgeschriebene Maafsregeln und Anstalten die der Erreichung dieser Zwecke entgegenstehenden Hindernisse beseitiget, endlich den Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen nachforschet, und die Bestrafung der Urheber durch Vorlage der Beweismittel an die Gerichte veranlafset.

§. 15.

Da endlich jeder Gesetzesvollzug, bei welchem eine Verletzung individueller Rechte möglich ist, in so lange, bis die Gewissheit, dafs in dem vorliegenden Falle eine solche Verletzung nicht bewirkt werde, existirt, nicht oder wenigstens nicht definitiv

erfolgen kann, die Erreichung des Staats-Zweckes aber durch den Vollzug aller Gesetze und die Möglichkeit der Beseitigung einer bei dem provisorischen Gesetzesvollzuge etwa erfolgten Verletzung individueller Rechte bedingt ist, so wird hiedurch für die Fälle, in welchen jene Gewissheit nicht durch Anerkenntniß der Uebereinstimmung des Gesetzes mit den zu realisirenden Forderungen, von Seiten aller Interessenten, verwirklicht ist, die Nothwendigkeit einer Entscheidung über die Anwendbarkeit des Gesetzes begründet. Jene Thätigkeit, welche die zwischen den Interessenten über die Anwendbarkeit der Gesetze obwaltenden Contestationen entscheidet, wird *Justiz* genannt. Diese theilt sich, je nachdem das Gesetz, über dessen Anwendbarkeit entschieden werden soll, civil oder administrative Rechtsverhältnisse oder die Strafen der Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen betrifft, in die Civil-Administrativ- und Straf-Justiz.

§. 16.

Der Staatsgliedergemeinschaft ist die unmittelbare Ausübung des auf Besorgung sämtlicher Staatsgeschäfte ihr ursprünglich zustehenden Rechtes unmöglich, wesswegen die Ausübung dieses Rechtes einem oder

mehreren Subjecten übertragen werden muß. Diese Uebertragung kann unbedingt geschehen, wodurch jedoch nicht mehr bewirkt wird, als daß nun mehr die Erreichung des Staatszweckes eben so möglich ist, als die Nichterreichung desselben; sie kann aber auch unter solchen Modificationen erfolgen, welche auf *Verbürgung* der Erreichung des Staatszweckes berechnet sind. Der Inbegriff dieser Modificationen wird *Verfassung* genannt.

§. 17.

Erfolgt jene Uebertragung, wie es in Monarchien der Fall ist, *ausschliessend*, so erhält hiedurch derjenige, dem die Uebertragung geschieht — *Regent* —, ein selbst die Staatsgliedergemeinschaft ausschliessendes Recht auf Ausübung des, letzterer ursprünglich zustehenden, Rechtes der Wahl und Vollziehung der zur Erreichung des Staats-Zweckes erforderlichen Mittel.

§. 18.

Auch mit dieser Art der Uebertragung sind auf *Verbürgung* der Erreichung des Staatszweckes berechnete Modificationen vereinbarlich, indem das Wesen der ausschliessenden Ausübung eines Rechtes nicht in der Unbeschränktheit der Ausübung, sondern nur darin bestehet, daß ausser dem

Ausschließlichberechtigten , Niemand zur Ausübung des nemlichen Rechtes befugt ist.

§. 19.

Zur Begründung solcher Verbürgung sind — *einzelne Abweichungen in der Durchführung des Grundsatzes abgerechnet* — in allen verfassungsmässigen Monarchien , um einer Seits zu bewirken , dafs alle zur Erreichung des Staatszweckes erforderlichen Mittel *wirklich* gewählt werden , anderer Seits aber jede durch den Staatszweck als nothwendig nicht zu rechtfertigende Beschränkung der persönlichen und dinglichen Rechte der Staatsglieder zu verhüten , der Staatsgliedergemeinschaft , in Beziehung auf die Gesetzgebung überhaupt und die Finanzgesetzgebung insbesondere , die durch die Stände auszuübenden Rechte der Initiative und Zustimmung vorbehalten.

§. 20.

Dieser Vorbehalt der Zustimmung ist mit dem Principe der Monarchie ganz vereinbarlich ; denn hiedurch ist den Ständen keineswegs das Recht , cumulative mit dem Regenten das der Staatsglieder - Gemeinschaft ursprünglich zustehende Recht der Gesetzgebung auszuüben , ertheilt , sondern nur die dem Regenten ausschliessend zustehende Aus-

übung dieses Rechtes an die Zustimmung der Stände gebunden worden.

§. 21.

Durch diese Einwirkung der Stände auf die Gesetzgebung ist die Erreichung des Staatszweckes noch nicht vollkommen verbürgt; hiezu wird, aufser der Verbürgung, daß dem Staate durch die Gesetzgebung nicht mehr Befugniss auf Beschränkung der persönlichen und dinglichen Rechte der Staatsglieder eingeräumt werde, als zur Erreichung des Staatszweckes unumgänglich nothwendig ist, auch Verbürgung dafür erfordert, daß die dinglichen und persönlichen Rechte der Staatsglieder durch den Staat nicht über die diesem gesetzlich eingeräumte Befugniss hinaus beschränkt, und alle gesetzlich begründeten Ansprüche der einzelnen Staatsglieder an den Staat realisirt werden.

Die Verwirklichung dieser Verbürgung erheischt nicht nur die constitutionellen Bestimmungen; daß

- 1) aufser den gesetzlich bestimmten Fällen die persönlichen und dinglichen Rechte der Staatsglieder nicht beschränkt werden dürfen,
- 2) sämtliche Staatsdiener für die genaue Befolgung der Verfassung haften,
- 3) alle von dem Regenten unterzeichneten

Ausfertigungen von einem Minister zu consigniren seyen, und

- 4) das Begnadigungsrecht des ersteren auf die durch Verletzung der Verfassung begangenen Verbrechen sich nicht erstrecke *), sondern auch Sicherheit dafür, daß nicht in Ansehung des Vollzuges der mit individuellen Rechten und Verbindlichkeiten in Beziehung stehenden Gesetze — dem Staatszwecke geradezu entgegen — einzelne Staatsglieder an ihren durch den Staat zu schützenden Rechten dadurch verletzt werden, daß, durch unrichtige Anwendung der Gesetze, in diesen nicht begründete Anforderungen an sie gemacht, oder ihre nach den Gesetzen an den Staat zu machenden Ansprüche von dem letzteren nicht anerkannt werden.

Durch die Annahme des oben als unumgängliche Bedingung der Erreichbarkeit des Staatszweckes gerechtfertigten Grundsatzes, daß dem definitiven Vollzuge jener Gesetze,

*) In den positiven verfassungsmässigen Staaten stehet das Begnadigungsrecht — jenes schöne und erhabene Recht, welches Montesquieu „le plus bel attribut de la souveraineté“ und Kant „das einzige, was den Namen Majestätsrecht verdiene“ nennt — durch positive Gesetze, mithin verfassungsmässig, dem Regenten ganz unbedingt zu.

welche mit individuellen Rechten und Verbindlichkeiten in Beziehung stehen, zwei Arten vorbereitender Thätigkeit — Administration und Justiz — vorangehen müssen, und alle Handlungen der Administration den Charakter der Abänderlichkeit haben, ist zwar die Möglichkeit der Beseitigung der mehr erwähnten Rechtsverletzungen, aber keineswegs die Verbürgung durchgängiger Verwirklichung dieser Beseitigung gegeben.

Die Justiz ist dazu bestimmt, die zwischen der Staats-Administration und einzelnen Staatsgliedern oder zwischen den letzteren unter sich, streitige Frage, über die Uebereinstimmung der gemachten Forderungen mit dem Gesetze, zu entscheiden, und hiedurch die Staatsglieder vor Verletzung ihrer Rechte zu schützen. Zur Erfüllung dieser Bestimmung wird erfordert, daß die, die Justizgeschäfte besorgenden, Subjecte nicht nur die hiezu erforderlichen Kenntnisse besitzen, sondern auch hievon Gebrauch machen wollen, und hieran durch Nichts gehindert werden können. Die Erfüllung dieser Bestimmung kann daher nur durch eine solche Einrichtung für verbürgt erachtet werden, welche die Hinderung der mit Ausübung des Richteramtes beauftragten Subjecte in dem freien Gebrauche ihrer Kenntnisse unmöglich macht, und Alles ent-

fernt, was die ersteren dazu bestimmen könnten, von den letzteren keinen Gebrauch machen zu wollen.

Ersteres Erfoderniß kann nur durch eine solche Stellung der Richter bewirkt werden, welche dieselben in Ansehung der materiellen Geschäftsführung von dem Einflusse der höheren Behörden ganz unabhängig macht.

Die Realisirung des letzten Erfodernisses ist nicht nur, aus sich von selbst ergebenden Gründen, durch die Inamovilität der Richter und die Bestimmung der Perhorrescenz Gründe, sondern auch und zwar ganz vorzüglich dadurch bedingt, daß die Besorgung der administrativen Geschäfte anderen Subjecten, als denjenigen, welchen die Justizgeschäfte anvertraut sind, übertragen werde, weil die Vereinigung beider Geschäftszweige für die zugleich mit dem Richteramte beauftragten Administrativ - Beamten nothwendig die triftigsten Bestimmungsgründe erzeugt, in Ansehung der richterlichen Functionen von ihren Kenntnissen keinen Gebrauch zu machen, d. h. das als Recht Erkannte nicht als solches auszusprechen. Diefs ergibt sich daraus, daß durch die Vereinigung ein und dasselbe Subject, welches einer Seits, als Anwalt des Staates, Anforderungen, als den Gesetzen gemäß, macht, dieselben nöthigen

Falls provisorisch vollzieht, die mit individuellen Rechten in Verbindung stehenden Pflichten des Staates ausübt, und für jeden durch gesetzwidriges Handeln verursachten Schaden haftet, anderer Seits über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit seiner — der Anforderung, dem provisorischen Vollzuge, der Ausübung der Pflichten des Staates vorangegangenen, von den Interessenten aber als irrig angefochtenen — Subsumtion des streitigen Falles unter das Gesetz, und hiemit über die Existenz oder Nichtexistenz der seine Pflicht zum Schadenersatze begründenden Voraussetzung entscheidet, demnach mit den Functionen des Richters zugleich die des Anwaltes eines der streitenden Theile und die Vertretung seines eigenen, mit dem seiner Mandantschaft innig verbundenen, Interesses vereinigt, so daß bei dieser Lage der Sache der Administrativbeamte, als Richter, wenn er als solcher durch die Rechtsausführungen der Interessenten von der Unrichtigkeit seiner früheren Subsumtion überzeugt wird, keine andere Wahl hat, als entweder die als Administrativbeamte bereits erklärte, nunmehr aber als irrig erkannte Ansicht, dennoch auch von Richteramts wegen — ganz gegen den Zweck des letzteren — auszusprechen, oder durch Erhebung der neu

gewonnenen Ansicht zur Entscheidung zu bekennen, daß er früher geirrt, und daher den durch seine gesetzwiedrige Handlung etwa verursachten Schaden zu ersetzen habe.

Dieses Verhältniß bleibt immer das nemliche, es mögen die Justizgeschäfte von den unteren, oder bloß von den mittleren und obersten Administrativbeamten besorgt werden. Die verschiedenen Klassen von Administrativbehörden sind so zu einander gestellt, daß den höheren nicht nur auf die formelle sondern auch auf die materielle Geschäftsführung der niederen directer Einfluß eingeräumt ist. Hiedurch geschieht es, daß viele und besonders die wichtigeren Handlungen der unteren Administrativbehörden eigentlich nur als mittelbare Handlungen der mittleren oder obersten Administrativbehörden betrachtet werden können, und mithin letztere, als Richter, eben so, wie die unteren Administrativbeamten, wenn diesen das Richteramt übertragen ist, in den meisten Fällen eigentlich über ihre eigenen Handlungen und über den, in der Anfechtung der letzteren liegenden, Anspruch auf Ersatz des etwa verursachten Schadens selbst entscheiden, indem bekanntlich für die Folgen der von unteren Behörden, bloß aus Auftrag höherer Behörden, getroffenen Verfügungen,

in soweit die Gränzen des Auftrages eingehalten sind, nicht die ersteren, sondern nur die letzteren haften.

Diesemnach ist die Verbürgung der Sicherheit vor Verletzungen der Staatsglieder an ihren individuellen Rechten durch unrichtige Gesetzesanwendung, und hiemit die vollständige Verbürgung der Erreichung des Staatszweckes, nur durch ganz *unabhängige Stellung der Gerichte in Ansehung der Verwaltung des Richteramtes und die Trennung des letzteren von den Functionen der Administration und der, nur einen Theil derselben bildenden, Polizei* zu erreichen.

§. 22.

Beide, die vollkommene Verbürgung der Erreichung des Staatszweckes — Ziel jeder Verfassung — bedingende Einrichtungen können auch in monarchischen Staaten getroffen werden. Denn weder die Unabhängigkeit der Gerichte in Beziehung auf materielle Geschäftsführung, noch die Trennung der Justiz von der Administration — und mithin auch von der Polizei — widersprechen dem monarchischen Principe, indem der Regent, dieser beiden Einrichtungen ungeachtet, ausschließlich das ursprünglich der Staatsglieder-gesammtheit zustehende Recht der Gesetzes-

Vollziehung ausübet. Der Vollzug der Gesetze durch die Staatsgewalt setzt die Gewissheit der Anwendbarkeit der ersteren auf den vorliegenden Fall voraus. Die Verwirklichung dieser Gewissheit, nicht aber die definitive — unabänderliche — Gesetzesvollziehung selbst, ist Zweck der Administration, Polizei und Justiz; daher auch alle Vollziehungen der Administrativ- und Polizei - Behörden, eben, weil jene Gewissheit, so bald sich zwischen dem Staate und den betheiligten Privaten über die Anwendbarkeit der Administrativ- und Polizei - Gesetze Contestationen ergeben, nur durch richterliche Entscheidung bewirkt werden kann, den Charakter der Abänderlichkeit haben, und eben deswegen, nicht als *unabänderliche — eigentliche — Gesetzesvollziehungen*, sondern nur als, des allgemeinen Bestens wegen, den Administrativ- und Polizei - Behörden gesetzlich eingeräumte, jedoch *nachträgliche richterliche Entscheidung über die Gesetzmässigkeit nicht ausschliessende*, Realisirung der Ansprüche des Staates betrachtet werden können. Hieraus folgt, daß durch Besorgung der administrativen, polizeilichen und gerichtlichen Geschäfte das Recht der Gesetzesvollziehung nicht selbst ausgeübet, sondern nur das dieser Ausübung entgegenstehende Hinderniß —

Mangel der Gewissheit, daß hiedurch individuelle Rechte der Staatsglieder nicht verletzt werden, — beseitiget werde, somit, wenn auch die Justiz von der Administration und Polizei getrennt ist, und die mit Besorgung der administrativen, polizeilichen und gerichtlichen Geschäfte beauftragten Subjecte, in Ansehung der materiellen Geschäftsführung, ganz unabhängig von der executiven Gewalt gestellt sind, demungeachtet der Inhaber der letzteren — Regent — das Recht der Gesetzesvollziehung ausschliessend ausübet.

§. 23.

Eben deswegen, weil in monarchischen Staaten Niemand, als der Regent, zur Ausübung des Rechtes der Gesetzesvollziehung berechtigt ist, werden die rechtskräftigen Erkenntnisse nicht aus Auftrag der Richter, sondern auf den, in den Anstellungsdecreten der Executions - Beamten liegenden, Befehl des Monarchen, — daß, was die Gerichte als Recht erkannt haben, realisirt werden soll, — vollzogen.

§. 24.

Mit der Möglichkeit unabhängiger Stellung der materiellen Geschäftssphäre der Ge-

richte von der executiven Gewalt in verfassungsmässigen Monarchien wurde zugleich auch die Möglichkeit gleicher unabhängiger Stellung der Administrativbehörden erwiesen. Diese wird nicht, wie jene, zur vollständigen Erreichung des Verfassungs - Zweckes, sondern, bei Realisirung unabhängiger Stellung der Gerichte, zur Reinhaltung des monarchischen Principes erfordert. Nach diesem übet der Regent das Recht der Gesetzesvollziehung und zu diesem Ende die Disposition über die durch die gesammten Kräfte der Staatsglieder gebildete Zwangsmacht — die höchste im Staate — ausschliessend aus, und ist somit das höchste Organ des Staates. Ueber den Regenten kann es, ohne Verletzung des monarchischen Principes, im Staate nichts Höheres geben, und eben desswegen kann, was von ihm ausgehet, auch keiner anderen, als einer von ihm ausgehenden, Abänderung unterliegen. Durch unabhängige Stellung der Gerichte unterliegen aber die von der Administration, über die Gesetzmässigkeit der Forderungen des Staates an die Staatsglieder und dieser an jenen, in concreten Fällen ausgesprochenen Ansichten einer weder von ihr noch von der executiven Gewalt ausgehenden Abänderung, woraus folgt, daß bei unabhängiger Stellung der Gerichte, die

Administration, welche nach den obigen Ausführungen, ohne Verletzung des monarchischen Principes, in Beziehung auf materielle Geschäftsführung, unabhängig von der executiven Gewalt gestellt werden kann, von dieser, zur Reinhaltung des monarchischen Principes, weil außerdem von dem Monarchen ausgehende Acte einer nicht von ihm ausgehenden Abänderung unterstellt werden würden, auch unabhängig gestellt werden muß.

§. 25.

Aus dem nemlichen Grunde müssen auch diejenigen Beamten, welchen die Execution rechtskräftiger Erkenntnisse übertragen ist, weil die Gesetze die Art und Weise der Execution bezeichnen, und die Einhaltung dieser Normen, da durch Nichtbeobachtung derselben eine Verletzung individueller Rechte erfolgen kann, zur vollständigen Rechtssicherheit, richterlicher Prüfung unterliegt, unabhängig und auf eigene Verantwortung gestellt werden. Hiedurch wird jedoch das monarchische Princip um so weniger verletzt, als die Vollstreckung der Execution rechtskräftiger Erkenntnisse durch den in den Anstellungsdecreten der Executionsbeamten enthaltenen Befehl — was die Gerichte als *Recht* erkannt haben, zu realisiren — bedingt ist, und

dieser Befehl nur von dem Monarchen ertheilt werden kann.

§. 26.

Durch vorstehende Ausführung ist somit die Nothwendigkeit der Trennung der Justiz von der Administration und Polizei, aus dem Begriffe dieser Functionen und dem Verfassungszwecke, abgeleitet worden; es ist daher nunmehr zur Nachweisung überzugehen, daß manche, durch die in den Verfassungs-Urkunden anerkannten Grundwahrheiten begründeten, Wünsche der Völker, in Beziehung auf Administration, Polizei und Justiz, und mehrere verfassungsmässigen Bestimmungen, *nur durch diese Trennung*, realisirt werden können.

II. Abschnitt.

Nachweisung, daß die Realisirung mehrerer verfassungsmässigen Bestimmungen, so wie mancher, durch die in sämtlichen Verfassungsurkunden anerkannten Grundwahrheiten begründeten, Wünsche der Völker, durch die Trennung der Justiz von der Administration und Polizei, bedingt ist.

§. 27.

Vollkommene bürgerliche Freiheit, d. h. der Zustand, in welchem Niemand weiter, als in den

Gesetzen bestimmt ist, in seiner freien Wirksamkeit beschränkt, und daher zu anderen, als den gesetzlich vorgezeichneten, Handlungen oder Unterlassungen gezwungen werden kann, ist, durch Entfernung der Willkühr aus der Sphäre der Administration und Polizei, bedingt.

Die allgemein gewünschte Verbannung der Willkühr aus den eben benannten Geschäftssphären ist aber nur durch die Unabhängigkeit der Gerichte und die Trennung der Justiz von der Administration und Polizei realisirbar, weil die Vereinigung dieser Staatsthätigkeiten den Verwaltungsbehörden Gelegenheit giebt, jede willkührliche Handlung, in den von ihnen ausgehenden Entscheidungen, durch extensive oder restrictive Interpretation, zur gesetzlichen zu stempeln, und die, in allen Verfassungsurkunden wenigstens indirecte enthaltene, Bestimmung, daß die persönlichen und dinglichen Rechte der Staatsglieder nur in den gesetzlich bestimmten Fällen beschränkt werden dürfen, zu umgehen.

Hieraus folgt, daß nur durch diese Trennung, so wie durch die Unabhängigkeit der Justiz überhaupt und der Administrativ-Justiz insbesondere, die in allen Verfassungen versprochene Gewähr der Sicherheit des Eigenthums und der in Beziehung auf Pressfreiheit er-

theilten Rechte verwirklicht werden kann, indem, ohne diese Einrichtung, für die höchste Verwaltungsbehörde die Möglichkeit „die „Eigenthums - und Pressfreiheits - Rechte nach „Willkür zu beschränken,“ dadurch begründet ist, daß sie, bei Vereinigung der mehr erwähnten Geschäftszweige, die mittelbar (d. h. durch die den Unterbehörden, wegen Hemmung der Verbreitung einer Druckschrift, oder wegen Antragstellung auf Abtretung des Privateigenthumes für öffentliche Zwecke, ertheilten Befehle) von ihr bezielten oder verwirklichten gesetzwidrigen Beschränkungen, durch das in letzter Instanz von ihr zu fallende Urtheil, mittelst extensiver Gesetzesinterpretation, für gesetzmäßig erklären kann.

§. 28.

Eben so laut, wie nach Entfernung der Willkühr von Besorgung der administrativen und polizeilichen Geschäfte, ist der Wunsch *nach einer die Unpartheilichkeit der Rechtspflege sichernden Einrichtung des Justizwesens.* Die Gewähr unpartheiischer Rechtspflege ist bedingt, durch Interesselosigkeit der Richter am Ausgange des Streites, und mithin die Realisirung einer, die Unpartheilichkeit der Rechtspflege sichernden, Einrich-

tung des Justizwesens, durch Entfernung aller Verhältnisse, welche nothwendig directes oder indirectes Interesse der Richter, am Ausgange des Streites begründen.

Die Administrativ- und Polizei-Beamten sind nicht nur in Ansehung der Administrativ-Justiz, welche, so oft sich die Staatsglieder durch Verfügungen der Administrativ-Beamten beschwert erachten, die Dienstes-Handlungen der letzteren zu beurtheilen hat, sondern häufig auch in Betreff der Civil- und Straf-Justiz an dem Ausgange des Streites interesirt.

Die Besorgung der Geschäfte der s. g. freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Vormundschaftswesens ist, wie weiter unten näher gezeigt werden wird, eine administrative und insbesondere polizeiliche Function, und begründet auf Seite des damit beauftragten Polizeibeamten in allen Civilprocess-Sachen, welche Minderjährige seines Bezirkes oder von ihm ausgefertigte Urkunden betreffen, wesentliches Interesse am Ausgange des Streites, weil er sowohl den Minderjährigen für die Kosten eines frivolen Prozesses, als, bei Rechtsunbeständigkeits-Erklärung der von ihm ausgefertigten Urkunden aus dem Grunde verlässigter Formalitäten, den hiedurch benachtheiligten Individuen für den, durch

seine Nachlässigkeit in Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Formen, verursachten Schaden haftet.

Noch größer ist in strafgerichtlichen Sachen das Interesse der Polizeibeamten am Ausgange des Prozesses, indem dieselben, welchen, nach den oben (§. 14.) aufgestellten Begriffe der Polizei, die Erforschung der Urheber von Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen, so wie die Sammlung der Beweise der That und die Überlieferung der ersteren an die Gerichte obliegt, für Einhaltung der ihr Verfahren normirenden Gesetze, unter Androhung schwerer Strafen, verantwortlich gemacht sind, und das Strafgericht nicht nur die vorgelegten Beweise zu prüfen, sondern auch die Gesetzmäßigkeit des von den gerichtlichen Polizeibeamten zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten angewandten Verfahrens zu untersuchen hat.

Diesemnach begründet die Vereinigung der Administration und Polizei mit der Justiz, in den meisten Fällen, directes oder indirectes Interesse der Richter am Ausgange des Prozesses, und ist eben deßwegen eines der Verhältnisse, ohne deren gänzliche Beseitigung, nach der obigen Ausführung, die Gewähr der in allen Verfassungsurkunden ausgesprochenen

Unpartheilichkeit der Rechtspflege schlechterdings unmöglich ist.

§. 29.

Auf gleiche Weise ist die Verbürgung durchgängiger Beobachtung der in sämtlichen Verfassungen ausgesprochenen Bestimmung, *dass Niemand, ausser in den gesetzlich bestimmten Fällen und in der vorgeschriebenen Form, verhaftet werden dürfe*, durch Trennung der gerichtlichen Polizei von der Strafjustiz bedingt, weil die Vereinigung derselben, einem und demselben Subjecte die Verfügung der Verhaftung in den gesetzlich bestimmten Fällen, und die Beurtheilung der Gesetzmässigkeit der verfügten Verhaftung überträgt, wodurch die Möglichkeit begründet wird, jede willkührliche Verhaftung, durch eine eben so willkührliche extensive Gesetzesinterpretation, in die Klasse der gesetzlich bestimmten Fälle zu zwängen.

§. 30.

Die Durchführung des in allen Verfassungsurkunden aufgestellten Grundsatzes der Unabhängigkeit der Gerichte (*mithin des Aufhörens aller Kabinetsjustiz*) und der durch diese Unabhängigkeit bedingten Unaufhaltbarkeit der Rechtspflege fodert, weil der Staats-

Zweck für die Rechte der Staatsglieder gleiche Sicherheit vor Verletzung durch Privat-Personen und vor gesetzwidriger Beschränkung durch den Staat erheischt, nicht nur in Ansehung der Civil- und Straf-Justiz, sondern auch für die Administrativjustiz eine solche Stellung der Gerichte, nach welcher weder der Inhaber der executiven Gewalt, noch irgend eine Verwaltungsbehörde, auf die materielle Geschäftsführung derselben directen Einfluß äußern kann.

Bei Verbindung der Administrativ-Justiz mit der Administration und Polizei ist eine unabhängige Stellung der mittleren und unteren Administrativbehörden, in ihrer Eigenschaft als Administrativgerichte, unmöglich, weil den höheren Administrativbehörden auch auf die materielle Geschäftsführung der untergeordneten Administrativbehörden directer Einfluß eingeräumt ist, und, nach der eigenthümlichen Natur mehrerer Arten der administrativen Geschäfte, eingeräumt seyn muß; die Aufhebung dieses Einflusses in Beziehung auf die administrativ-contentiösen Geschäfte aber die untergeordneten Verwaltungsbehörden, in Ansehung aller Beschränkungen der persönlichen und dinglichen Rechte der Staatsglieder, welche mittelbar — durch Aufträge an die ebengenannten Behör-

den — von der obersten Administrativbehörde ausgehen, zu den Richtern der letzteren machen, und (da diese, ohne eben dadurch in die materielle Geschäftsführung der untergeordneten Behörden einzugreifen, nicht an sich selbst appelliren könnte) den Staat noch überdies um das, selbst jedem Staats-Gliede zustehende, Recht der Appellation bringen würde.

Demnach schließt die Verbindung der Administration und Polizei mit der Administrativ-Justiz die Möglichkeit unabhängiger Stellung der letzteren aus; *woraus folgt, daß die Durchführung des Grundsatzes der Unabhängigkeit der Gerichte und der Unaufhaltbarkeit der Rechtspflege nur durch Aufhebung dieser Verbindung realisirt werden kann.*

§. 31.

Jede Verfassung erklärt die Person des Monarchen für heilig und unverletzlich. Sobald der Monarch auf Besorgung der Administrativ- und Justiz-Geschäfte mehr, als durch die Ernennung der hiefür bestimmten Staatsbeamten und die Aufsicht auf die formelle Geschäftsführung derselben einwirkt, oder alle Acte der letzteren unter seiner Unterschrift oder wenigstens in seinen Namen erfolgen, ist die Verletzung der eben angeführten verfassungs-

mässigen Bestimmung unvermeidlich; indem die Majestät des Monarchen, eben weil sie darauf beruhet, dafs durch die Person desselben die höchste, nur zur *Sicherheit der Rechte der Staatsglieder* gebildete, Macht im Staate representirt wird, wohl nicht stärker, als durch die Behauptung einer unmittelbar oder mittelbar von ihm ausgehenden gesetzwidrigen Beschränkung, das ist, Verletzung der Rechte der Staatsglieder, angegriffen werden kann; diese Behauptung aber in jeder bei der Civil- oder Administrativ-Justiz über Verfügungen der Administrativbehörden geführten Beschwerde, wegen des damit verbundenen Antrages auf Erklärung der Gesetzwidrigkeit dieser Verfügungen, liegt, und nur auf denjenigen bezogen werden kann, welcher diese Verfügungen erlassen hat, oder in dessen Namen dieselben erfolgt sind.

Hieraus erhellet, dafs die *durchgängige* Realisirung der in jeder Verfassung ausgesprochenen Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Monarchen durch die Verwirklichung der, oben (§. 21 und §. 24) aus dem Wesen der verfassungsmässigen Monarchie als nothwendig abgeleiteten, unabhängigen Stellung der Administrativ- und Justiz-Behörden, in Beziehung auf die materielle Geschäftsführung, bedingt ist.

§. 32.

Die Trennung der Justiz von der Administration und Polizei ist nicht nur für die Realisirung der bisher aufgeführten verfassungsmässigen Bestimmungen und die Verwirklichung der eben erwähnten, durch die in sämtlichen Verfassungsurkunden anerkannten Grundwahrheiten begründeten, Wünsche der Völker unumgänglich nothwendig, sondern beseitiget noch überdies zwei, bei Vereinigung dieser Geschäftszweige, der vollständigen Besorgung der letzteren entgegenstehende Hindernisse.

§. 33.

Die vollständige Besorgung der Staatsgeschäfte ist vor Allem durch den *Besitz aller hiezu erforderlichen Kenntnisse* bedingt. Diesen Besitz erschwert, bei Vereinigung der Administration, Polizei und Justiz, auch der grosse Umfang der Verwaltungs- und Rechts - Wissenschaft, besonders in einem Staate, in *welchen es an einem Verwaltungs- und allgemeinen Civil - Gesetzbuche mangelt*, während, bei der Trennung dieser Geschäftszweige, die vollkommenste Ausbildung in der anvertrauten Geschäftssphäre, sowohl dadurch, dass man sich nur in *einen* Geschäftszweige vorzüglich auszubilden hat,

und, ohne Vernachlässigung der für sein Fach erforderlichen Befähigung, in Ansehung der übrigen Geschäftszweige auf das Studium des Zusammenhanges derselben mit dem Staatszwecke und der sich gewählten Geschäftssphäre beschränken kann, als durch die, wegen ausschliessender Beschäftigung mit einer einzigen Geschäftssphäre, verdoppelte Uebung in Behandlung der von diesem Geschäftszweige umfassten Geschäfte, mehr begünstigt wird.

§. 34.

Zur vollständigen Besorgung der Staatsgeschäfte gehört auch die *schleunige Erledigung* derselben. Sind die administrativen, polizeilichen und gerichtlichen Geschäfte vereinigt, so werden bei jedem Geschäftsdrange die ersteren vorgezogen, die Civil- und Administrativ-Justizgeschäfte aber, zum grossen Nachtheile der betheiligten Individuen und des allgemeinen Credits, verzögert; was daher rührt, daß auf die Einhaltung der zur Erledigung jener Geschäfte anberaumten Termine die höheren Behörden, mittelst Androhung und Vollzuges von Strafverfügungen, wachen, die Sorge für die Einhaltung der zur Erledigung der Civil- und Administrativ-Justizgeschäfte gesetzten Termine dagegen

den Partheien überlassen ist, diese jedoch, auch nach mehrmaligen Ablauf der gesetzlichen Frist, nur selten Beschwerde führen, indem sie lieber die Verzögerung ihrer Angelegenheiten erdulden als sich der Gefahr aussetzen wollen, denn durch die Vereinigung der in Rede stehenden Geschäftssphären (vorzüglich deßwegen, weil in den meisten Staaten, in Ansehung der administrativen und polizeilichen Geschäfte, noch so Vieles dem s. g. vernünftigen Ermessen des Beamten überlassen ist) auf alle übrigen Arten ihrer Angelegenheiten so einflußreichen Richter für immer sich abgeneigt zu machen.

Auch diesem Uebelstande wird durch die Trennung der Justiz von der Administration und Polizei abgeholfen.

§. 35.

Da durch die bisherigen Entwicklungen die Nothwendigkeit der Trennung der Justiz von der Administration und Polizei theoretisch und practisch nachgewiesen ist, so folgt nunmehr, nach dem in der Einleitung angegebenen Plane, die Ableitung der Hauptgrundsätze für *die Art der Trennung* aus der Natur der in Rede stehenden Functionen.

II. Abtheilung.

Ueber die Art der Trennung der Justiz von der Administration und Polizei in Staaten mit Verfassung.

I. Abschnitt.

Bezeichnung der Marken und Gränzberichtigung für das Gebiet der Administration, Polizei und Justiz.

A. Der Administration.

§. 36.

Die Administration theilt sich, nach den obigen Ausführungen (§. 13), in die Staats- und Gemeinde-Administration.

§. 37.

Die *Staats-Administration* ist jene Thätigkeit, welche auf die Verwirklichung aller Rechte und Pflichten des Staates, in Ansehung derer eine Collision mit den Rechten einzelner Staatsglieder oder einzelner Corporationen der Staatsglieder eintreten kann,

gerichtet ist, ohne jedoch diese Rechtsollisionen selbst zu schlichten, noch die, diese Rechte und Pflichten bestimmenden, Gesetze definitive zu vollziehen. Das Gebiet derselben, welche, des allgemeinen Bestens wegen, in den meisten Fällen, zur provisorischen Realisirung der Ansprüche des Staates gesetzlich ermächtigt ist, besteht, weil in allen diesen Fällen eine Collision zwischen den Rechten des Staates und der einzelnen Glieder desselben eintreten kann:

- 1) in der Verwaltung des Staatsvermögens,
- 2) in der Ausübung der dem Staate auf persönliche Dienstleistungen der Staatsglieder zustehenden Rechte,
- 3) in der Ausübung der dem Staate, der Erreichung des Staatszweckes wegen, auf Beschränkung der persönlichen, und dinglichen Rechte der Staatsglieder eingeräumten Befugnisse,
- 4) in der Ausübung der dem Staate obliegenden Pflicht der Vorbeugung von Rechtsstörungen und Rechts-Verletzungen, endlich
- 5) in der Erforschung der Verbrechen, der Vergehen und der, das Interesse des Staates verletzenden, Uebertretungen *), nebst der Veranlassung der Bestrafung der Urheber.

*) Uebertretungen werden jene Handlungen der

§. 38.

Die *Gemeinde-Administration* ist jene Thätigkeit, welche auf die Verwirklichung aller Rechte und Pflichten der Gemeinden, in Ansehung derer eine Collision mit den Rechten einzelner Staatsglieder eintreten kann, gerichtet ist, ohne jedoch diese Rechtscollisionen selbst zu schlichten, noch die, diese Rechte und Pflichten bestimmenden, Gesetze definitive zu vollziehen. Das Gebiet derselben, welcher gleichfalls, in den meisten Fällen, das Recht der provisorischen Realisirung der Ansprüche der Gemeinden gesetzlich eingeräumt ist, besteht, weil in allen diesen Fällen die Gemeinden mit einzelnen Staats-Gliedern in Rechtscollisionen kommen können:

- 1) in der Verwaltung des Gemeindevermögens,
- 2) in der Ausübung der den Gemeinden gegen jene Staatsglieder, welche in den Ge-

Staats- und Gemeinde-Glieder genannt, wodurch dieselben die Rechte verletzen, welche dem Staate und den Gemeinden auf die zur Erreichung des Staats- und Gemeinde-Zweckes erforderlichen — in gesetzlicher Beschränkung der persönlichen und dinglichen Rechte, Leistung der gesetzlich bestimmten persönlichen Dienste, und Entrichtung der directen und indirecten Abgaben bestehenden — Opfer zustehen,

- meinde-Verband treten wollen, zustehenden Rechte und Pflichten,
- 3) in der Ausübung der den Gemeinden auf persönliche Dienstleistungen ihrer Glieder zustehenden Rechte,
 - 4) in der Ausübung der den Gemeinden, der Erreichung des Gemeindezweckes wegen, auf Beschränkung der persönlichen und dinglichen Rechte der Gemeindeglieder eingeräumten Befugnisse,
 - 5) in der Ausübung der den Gemeinden obliegenden Pflicht, die aus dem näheren Beisammenwohnen für die Rechts-Sicherheit entspringen könnenden Nachtheile durch gesetzlich vorgeschriebene Mafsregeln und Anstalten zu verhüten, und die zur Erreichung des Staatszweckes erforderlichen, jedoch in der Wirkung auf das Interesse der Gemeindeglieder beschränkten, Anstalten zu begründen und zu verwalten, endlich
 - 6) in der Erforschung der, das Interesse der Gemeinden verletzenden, Uebertretungen, und der Veranlassung der Bestrafung der Urheber.

B. Der Polizei.

§. 39.

Die Polizei ist nur ein Theil der Administration, und wird in die Staats- und Gemeinde-Polizei eingetheilt.

§. 40.

Die *Staats-Polizei* ist jene Thätigkeit welche:

- 1) die dem Staate auf Beschränkung der persönlichen und dinglichen Rechte der Staatsglieder eingeräumten Befugnisse, so wie die dem Staate obliegende Pflicht der Vorbeugung von Rechtsstörungen und Rechtsverletzungen ausübet, — *verwaltende Staats-Polizei* —
- 2) den Verbrechen, den Vergehen und den, das Interesse der Staates verletzenden, Uebertretungen nachforschet, und die Bestrafung der Urheber veranlafset. — *Gerichtliche Staats - Polizei.* —

§. 41.

Die *Gemeinde - Polizei* ist jene Thätigkeit, welche:

- 1) die den Gemeinden auf Beschränkung der persönlichen und dinglichen Rechte der Gemeindeglieder eingeräumten Befugnisse, so wie die den Gemeinden obliegende Pflicht, die aus dem näheren Beisammenwohnen für die Rechts-Sicherheit entspringen könnenden Nachtheile, durch gesetzvorgeschiedene Maafsregel und Anstalten, zu verhüten, und die zur Erreichung des Staatszweckes erforderlichen, jedoch in der Wirkung auf das Interesse der Gemeindeglieder beschränkten, Anstalten zu begrün-

den und zu verwalten, ausübet, — *verwaltende Gemeinde-Polizei* —

- 2) den, das Interesse der Gemeinden verletzenden, Uebertretungen nachforschet, und die Bestrafung der Urheber veranlasset. — *Gerichtliche Gemeinde-Polizei* —

§. 42.

Das Gebiet der *verwaltenden Staats-Polizei* bestehet:

- a) in Betreff der dem Staate, der Erreichung des Staatszweckes wegen, auf Beschränkung der persönlichen und dinglichen Rechte der Staatsglieder eingeräumten Befugnisse,
- 1) in der Ausübung des dem Staate zustehenden Rechtes, für öffentliche, auf das Wohl des ganzen Staates gerichtete, Zwecke (wie zur Anlage von Hauptstraßen u. s. w.) die Abtretung des Privateigenthumes fodern zu können,
- 2) in der Ausübung der, in dem Interesse des ganzen Staates begründeten, Beschränkungen der Staatsglieder in dem Genusse und der freien Verfügung über das Privateigenthum, — mithin in der Handhabung der Gesetze über Einquartirungen u. s. w. —
- 3) in der Ausübung der Beschränkung der

Staatsglieder im Genusse des Gemeingutes im Staate, — somit in der Handhabung der Gesetze über den Gebrauch der Hauptstraßen, Flüsse u. s. w. —

- 4) in der Ausübung der, in dem Interesse des ganzen Staates begründeten, Beschränkungen der Staatsglieder in Beziehung auf Cultur, Industrie und Handel, — sonach in der Handhabung der Pressgesetze, der Ein- und Ausfuhr - Verbote, der Vorschriften über die Behandlung der Privat-Waldungen, des Verbotes, die an Landstraßen angränzenden Grundstücke bis an die Gränze als Waldung zu benützen, u. s. w. —
- 5) in der Ausübung des Rechtes des Staates auf Beschränkung der freien Wirksamkeit der Staatsglieder in Ansehung jener Handlungen, welche zwar selbst keine Rechtsverletzungen sind, aber doch, auch ohne Voraussetzung geselliger Verhältnisse, leicht dieselben veranlassen können, und in Ansehung jener Unterlassungen, welche zwar an und für sich Niemanden schaden, jedoch durch das Zusammentreffen von Umständen, selbst ohne Voraussetzung geselliger Verhältnisse, Rechtsverletzungen begründen können, — demnach in der Handhabung jener Gesetze, welche die willkührliche Aenderung des Vor- und Zunamens verbiethen,

die Anzeige der Geburts - und Sterb - Fälle gebiethen, u. s. w. —

b) in Betreff der dem Staate obliegenden Pflicht der Vorbeugung von Rechts - Störungen und Rechts - Verletzungen,

6) in der Ausführung, Verwaltung und Anwendung aller, nicht bloß auf das Interesse einer einzelnen Gemeinde beschränkten, Mafsregeln und Anstalten zur Abwendung der, auch ohne Voraussetzung geselliger Verhältnisse, von Seiten der Menschen und der willenslosen Natur, bevorstehenden und zur Hemmung des Umsichgreifens schon existent gewordener Rechtsverletzungen, so wie zur Verminderung der schädlichen Folgen der letzteren. — Dergleichen Anstalten und Mafsregeln sind, die Gendarmerie, die Anstalten und Mafsregeln zur Verhütung der Verbreitung von Epidemien, Seuchen, Ueberschwemmungen u. d. g. —

7) in der Ausführung und Verwaltung der, in ihrer Wirkung auf das Interesse sämtlicher Staatsglieder ausgedehnten, Anstalten zur Beseitigung der entfernteren Quellen der Rechtsverletzungen, der Roheit, Unsittlichkeit und Dürftigkeit — mithin der Staats - Anstalten für religiöse und geistige Bildung (Universitäten, Lyceen u. d. g.),

der Staats - Anstalten zur Unterstützung armer und hilfloser Personen, der Staats-Anstalten zur Beförderung des Ackerbaues, der Industrie und des Handels *) (als Strafsen- und Wasser-Bauten u. s. w.), und der Staats-Anstalten zur Abwendung eines Mangels an den unentbehrlichsten Lebens-Bedürfnissen (als Getreide- und Salz-Magazine u. d. g.)

- 8) in der Ausübung und Verwaltung der Mafsregeln und Anstalten für Entfernung der Gefahr von Rechts-Streitigkeiten, demnach in der Führung und Bewahrung der Geburts - Trau - und Sterb-Register, der Besorgung der Geschäfte der s. g. freiwilligen Gerichtsbarkeit **), der Anlage und Bewahrung der Hypotheken-Bücher u. s. w.

*) Indem auf Beseitigung der Dürftigkeit am nützlichsten und kräftigsten durch Vorbeugung der Verarmung gewirkt wird.

**) Die Handlungen der s. g. freiwilligen Gerichtsbarkeit haben keinen anderen Zweck, als, durch Begründung von Beweismitteln, den Rechts-Streitigkeiten zuvorzukommen, und können daher um so weniger in das Gebiet der Justiz gestellt werden, als sie eben darauf berechnet sind, die Thätigkeit derselben, welche blofs im Entscheiden der Rechts-Streitigkeiten besteht, durch Verhütung der letzteren, entbehrlich zu machen.

- 9) in der Ausführung und Verwaltung der Maßregeln und Anstalten für Abwendung der Rechtsverletzung jener Personen, welche zur eigenen Verwaltung ihrer Rechte unfähig sind, — somit in der Wahl und Verpflichtung der Vormünder minderjähriger, wahnsinniger und abwesender Personen, der Besorgung der obervormundschaftlichen Geschäfte, der Ausübung der Curatel über das Gemeindevermögen, der obrigkeitlichen Versiegelung und Beschreibung der Verlassenschaften, der Behandlung der letzteren, wenn darüber kein Streit besteht, der Fürsorge für gesetzmäßige Behandlung der in Strafanstalten befindlichen Personen u. s. w., endlich
- 10) in der Aufsicht über die Handhabung der verwaltenden Gemeinde-Polizei durch die Gemeinden.

§. 43.

Das Gebiet der *gerichtlichen Staats-Polizei* besteht:

- 1) in Erforschung der Verbrechen, der Vergehen und der, das Interesse des Staates verletzenden, Uebertretungen,
- 2) in Anwendung der gesetzlichen Mittel zur Sammlung der, für Herstellung des objectiven und subjectiven Thatbestandes, erforderlichen Beweise, endlich

- 3) in der Ueberlieferung der Urheber an die Gerichte und der Antragstellung auf Bestrafung derselben *).

§. 44.

Das Gebiet der *verwaltenden Gemeinde-Polizei* besteht:

- a) in Betreff der den Gemeinden, der Erreichung des Gemeindezweckes wegen, auf Beschränkung der persönlichen und dinglichen Rechte der Gemeindeglieder eingeräumten Befugnisse,
- 1) in der Ausübung des den Gemeinden zustehenden Rechtes, von den Gemeindegliedern die Abtretung des Privateigenthumes zu fodern, wenn dieses zur Realisirung, die Erreichung des Gemeindezweckes bedingender, Anstalten nothwendig ist, — als zur Anlegung von Dämmen, Kirchhöfen, u. d. g. —
- 2) in der Ausübung der, in dem Interesse der Gemeinden begründeten, Beschränkungen der Gemeindeglieder in dem Genusse und

*) Da die gerichtliche Staats-Polizei alle Verbrechen und Vergehen, und mithin auch die Dienst-Verbrechen und Dienst-Vergehen der Gemeindebeamten, zu erforschen hat, so übet sie zugleich die Aufsicht über die Verwaltung der gerichtlichen Gemeinde-Polizei aus.

der freien Verfügung über das Privateigenthum, — mithin in der Handhabung der Gesetze über die Anlage von Kaminen, Privat-Begräbnisstätten u. s. w. —

3) in der Ausübung der Beschränkung der Gemeindeglieder in dem Genusse des Gemeindegutes, — somit in der Handhabung der Gesetze über die Benützung der Gemeindeweiden, das Streurechen in den Gemeindewaldungen u. d. g. —

4) in der Ausübung der, in dem Interesse der Gemeinden begründeten, Beschränkung der Gemeindeglieder in Beziehung auf Industrie und Handel, — so nach in der Handhabung der Gesetze über die Entfernung der einen übeln Geruch verbreitenden Gewerbe von bewohnten Plätzen, über Visitationen der Victualien, der Masse, der Gewichte u. d. g. —

5) in der Ausübung des Rechtes der Gemeinden auf Beschränkung der freien Wirksamkeit der Gemeindeglieder in Ansehung jener Handlungen, welche zwar keine Rechtsverletzungen sind, aber, in Voraussetzung geselliger Verhältnisse, leicht dieselben veranlassen können, und in Ansehung jener Unterlassungen, welche zwar an und für sich Niemanden schaden, aber in Voraussetzung geselliger Verhältnisse, durch das

Zusammentreffen von Umständen, Rechtsverletzungen begründen können, — demnach in der Handhabung der Verbote, in den Gassen schnell zu fahren, die Pferde frei und ohne Aufsicht in denselben stehen zu lassen, u. s. w. —

b) in Betreff der Verhütung der, aus dem näheren Beisammenwohnen, für die Rechts-Sicherheit entspringen können- den Nachtheile und der zur Erreichung des Staats - Zweckes erforderlichen, in der Wirkung jedoch auf das Interesse der Gemeindeglieder beschränkten, Anstalten,

6) in der Ausführung, Verwaltung und Anwendung jener Mafsregeln und Anstalten, welche auf die Verhütung, Hemmung und Verminderung der, nur in Voraussetzung geselliger Verhältnisse, theils von Seite der Menschen, theils von Seite der willenslosen Natur, bevorstehenden Rechtsverletzungen berechnet, oder, wenn gleich auf die Abwendung und Beseitigung anderer, auch bei einem blofs gesellschaftlichen Verhältnisse der Staatsglieder drohenden, Rechtsverletzungen gerichtet, doch auf das Interesse einer einzelnen Gemeinde beschränkt sind. Dergleichen Mafsregeln und Anstalten sind, die Dorf- und Flur-Wache, die nächtliche

Beleuchtung, die Straßenreinigung, die Auszeichnung einer besonderen Bahn für die hinfahrenden und einer anderen für die zurückfahrenden Wagen, bei ungewöhnlichen Gedränge, u. s. w. — endlich

7) in der Ausführung und Verwaltung *) der, in ihrer Wirksamkeit auf das Interesse der Gemeindeglieder beschränkten, Anstalten zur Beseitigung der entfernteren Quellen der Rechtsverletzungen, der Roheit, Unsittlichkeit und Dürftigkeit, — mithin der Gemeinde-Anstalten für religiöse und geistige Bildung (Localschulen u. s. w.), der Gemeinde-Anstalten zur Unterstützung armer und hilfloser Personen (Spitäler, Waisenhäuser u. d. g.), der Gemeinde-Anstalten zur Beförderung der Cultur, der Industrie und des Handels, und der Gemeinde-Anstalten zur Abwendung eines Mangels an den unentbehrlichsten Lebensbedürfnissen.

§. 45.

Das Gebiet der *gerichtlichen Gemeinde-Polizei* besteht:

*) Mithin auch in der Aufnahme in diese Anstalten, in der Vertheilung der Vortheile derselben, nach Maßgabe der darüber bestehenden Normen, und in der Verweigerung der ersteren aus gesetzlichen Gründen.

- 1) in der Erforschung der, das Interesse der Gemeinden verletzenden, Uebertretungen,
- 2) in der Anwendung der gesetzlichen Mittel zur Sammlung der, für Herstellung des objectiven und subjectiven Thatbestandes, erforderlichen Beweise, und
- 3) in der Antragstellung bei Gericht auf Bestrafung der Urheber.

C. Der Justiz.

§. 46.

Die Justiz ist jene Thätigkeit, welche die zwischen den Interessenten über die Anwendbarkeit der Gesetze obwaltenden Contestationen entscheidet. Dieselbe theilt sich, je nachdem das Gesetz, über dessen Anwendbarkeit entschieden werden soll, civil, oder admidistrative Rechtsverhältnisse, oder die Strafen der Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen betrifft, in Civil- Administrativ- und Straf-Justiz.

§. 47.

Das Gebiet der *Civiljustiz* bestehet demnach in dem Entscheiden der Contestationen über *civil Rechtsverhältnisse*, d. h., nach den obigen Ausführungen (§. 9), in dem Entscheiden aller Contestationen:

- 1) über jene Rechtsverhältnisse der Staats-

glieder unter sich, welche unter denselben, auch *ohne die Existenz des Staates*, bestehen können, und daher auf solchen Rechten und Pflichten beruhen, welche durch den Staat nicht erst geschaffen, sondern, als in der Vernunft für die *Coexistenz* einzelner Personen begründet, durch den Staat nur näher bestimmt, und, in so fern es zur Erreichung des Staatszweckes nothwendig ist, modificirt werden.

Da die Culturgesetze und jene Gesetze, welche die Umwandlung der ungemessenen Frohnen in gemessene bestimmen, nur die, auch ohne die Existenz des Staates, rechtlichen Bestand habenden Eigenthums und gutsherrlichen Rechte, aus national - wirthschaftlichen Gründen, modificiren, keineswegs aber eine ganz neue Klasse von, lediglich durch den Staat geschaffenen, Rechten und Verbindlichkeiten begründen, so gehören die über die Anwendung dieser Gesetze sich ergebenden Contestationen lediglich vor die *Civiljustiz*.

- 2) über jene Rechtsverhältnisse des Staates und der Gemeinden einer, und der Staats- und Gemeinde - Glieder und Staats- und Gemeinde - Beamten anderer Seits, welche auch zwischen jenen *Corporationen* und ande-

ren als den letztbenannten Personen Statt finden können, und eben defswegen nicht auf den, durch den Corporations-Verband, sondern auf den, für die *Coexistenz* einzelner Personen und Personen-Gesellschaften, begründeten Rechten und Pflichten beruhen;

Es eignen sich demnach vor die Civil-Gerichte, die Contestationen über alle mit der Staats- oder Gemeinde-Administration abgeschlossene Lieferungs-Accorde, Kauf- und Pacht-Verträge, die Post-Reclamationen, die Contestationen zwischen der Staats-Lotto-Administration und den Spielern, die Streitigkeiten über die Brandversicherungsgesellschaft, über die Pflicht, zu den Bauten der Pfarr- und Schul-Häuser zu concurriren *), u. s. w.

*) Die Streitigkeiten über die Pflicht, zu den Bauten der Pfarr- und Schul-Häuser zu concurriren, gehören um so gewisser vor die Civiljustiz, als die Verbindlichkeit fremder Gemeinden oder einzelner Staats- oder Gemeinde-Glieder, die Kosten dieser Bauten ganz oder theilweise zu tragen, um so weniger auf, durch den Gemeindeverband, begründeten Pflichten beruhen kann, als diese sich nur auf die Verhältnisse der Gemeinden zu ihren Gliedern beziehen, und sämmtlichen Gemeindegliedern, nach den durch den

§. 48.

Das Gebiet der *Administrativ-Justiz* besteht in dem Entscheiden der Contestationen über *administrative Rechtsverhältnisse*, d. h., nach der obigen Ausführung (§. 9), in dem Entscheiden aller Contestationen:

- 1) über jene Rechtsverhältnisse der Staatsglieder unter sich, welche nicht auf den, für die Coexistenz einzelner Personen, in der Vernunft begründeten und durch den Staat nur näher bestimmten und modificirten; sondern auf, durch den Staat *erst geschaffenen*, Rechten und Pflichten beruhen, deren Existenz mithin *durch die des Staates* bedingt ist;

Solche Contestationen sind die *Gewerbsstreitigkeiten*.

- 2) über jene Rechtsverhältnisse zwischen den Staat und seinen Gliedern — Gemeinden und einzelnen Personen — in welchen, weil dieselben auf den, durch den *Staats-Verband*, begründeten Rechten und Pflichten beruhen, *der Staat nur mit seinen Gliedern*, keineswegs aber mit anderen, außer diesem

Gemeindeverband begründeten Pflichten, hinsichtlich aller zur Erreichung des Staatszweckes erforderlichen, in ihrer Wirkung aber auf das Interesse der letzteren beschränkten, Anstalten, gleiche Verbindlichkeit obliegt.

Verbande lebenden, Personen und Personengemeinschaften stehen kann;

Contestationen der Art sind, in Beziehung auf die Rechtsverhältnisse zwischen den Staat und dessen Gemeinden, die Contestationen über die Grenzen der freien Wirksamkeit der letzteren und der Curatel des Staates, so wie über die Nothwendigkeit der Begründung und besseren Dotirung der zur Erreichung des Staatszweckes erforderlichen, in ihrer Wirkung aber auf das Interesse der Gemeindeglieder beschränkten, Anstalten, mithin die Beschwerden über verweiger- te Bestätigung der von den Gemein- den zu Gemeinde Beamten gewählten In- dividuen, die Streitigkeiten über die Nothwendigkeit der Erbauung und Er- weiterung von Schulgebäuden u. s. w., in Beziehung auf die Rechtsverhältnisse zwischen dem Staate und den einzelnen Staatsgliedern, die Reclamationen über zu hohe Besteuerung, die Reclamationen in Militaire - Conscriptions - und Gewerbs- Sachen, die Beschwerden über Verfügun- gen der Staats - Polizei, über die verwei- gerte Aufnahme in Staats - Lehranstalten u. s. w.

3) über jene Rechtsverhältnisse zwischen

den Gemeinden und einzelnen Staatsgliedern, in welche, weil dieselben auf den, durch den *Gemeindeverband* begründeten, Rechten und Pflichten beruhen, *die Gemeinden nur mit ihren Gliedern und denjenigen Personen, die in den Gemeinde-Verband treten wollen*, keineswegs aber mit anderen Personen, die weder in den Gemeindeverband stehen, noch treten wollen, kommen können;

Solche Contestationen sind, die Beschwerden über verweigerte Aufnahme in den Gemeinde-Verband, über Nicht-Anerkennung des Gemeinde-Rechtes, über die Repartition der Gemeinde-Umlagen und Gemeinde-Dienste, über verweigerte Uebernahme der Stelle eines Gemeinde-Bevollmächtigten, über Verfügungen der Gemeinde-Polizei, über die verweigerte Aufnahme in die Local-Armenanstalten, u. d. g.

4) über jene Rechtsverhältnisse zwischen dem Staate und den Gemeinden einer, und den Staats- und Gemeinde-Beamten anderer Seits, in welchen, da dieselben auf den, durch die *Uebernahme eines Staats- oder Gemeinde-Amtes* begründeten, Rechten und Pflichten beruhen, *jene Corporationen nur mit ihren Beamten*, nicht aber auch mit anderen Personen stehen können;

Contestationen der Art sind, die Reclamationen der Staats- und Gemeinde-Beamten und Staats- und Gemeinde-Pensionisten wegen Regulirung der Gehalte und Pensionen, die Contestationen über die, auf die Responsabilität der Staats- und Gemeinde-Beamten gegründeten, Schadensersatz-Ansprüche des Staates und der Gemeinden, insbesondere über das Staats- und Gemeinde-Rechnungs-Wesen u. s. w. *).

§. 49.

Das Gebiet der *Ssrafjustiz*, welche sich in die peinliche und administrative theilt,

*) In jenen Staaten, in welchen, zur gemeinschaftlichen Unterhaltung der zur Erreichung des Staats-Zweckes erforderlichen, jedoch in der Wirkung auf das Interesse einzelner Gemeinden beschränkten, Anstalten, diese Gemeinden in Districte oder Kreise vereinigt sind, gehören die Contestationen über die hieraus entstehenden Rechtsverhältnisse, eben weil die letzteren auf den, durch den Corporations-Verband, begründeten Rechten und Pflichten beruhen, gleichfalls in das Gebiet der Administrativ-Justiz — mithin die Streitigkeiten über die von den Local-Armen-Anstalten an die Districts-Armencassen wegen Zuschüssen gemachten Ansprüche, die Streitigkeiten über die Concurrenz und Entschädigung wegen Brücken- und Strassen-Bauten, über die Repartition der Kriegslasten u. d. g.

besteht in dem Entscheiden über die Anwendbarkeit der *Strafgesetze*.

Die *peinliche Strafjustiz* entscheidet über die Anwendbarkeit jener Gesetze, welche die Strafen der Verbrechen und Vergehen der Staatsglieder, und der Verbrechen und Vergehen der Staats- und Gemeinde-Beamten festsetzen, die *administrative Strafjustiz* dagegen über die Anwendbarkeit der, die Strafen der Uebertretungen bestimmenden, Gesetze.

Letztere wird, je nachdem die Uebertretungen, (deren Begriff bereits in der Note zu dem §. 37 aufgestellt wurde,) die dem Staate und den Gemeinden, auf die Beschränkung der persönlichen und dinglichen Rechte ihrer Glieder, zustehenden Befugnisse, oder die Pflicht der letzteren zur Leistung der Staats- und Gemeinde-Dienste und Staats- und Gemeinde-Abgaben verletzen, in die polizeiliche Strafjustiz, und die administrative Strafjustiz, im engeren Sinne, eingetheilt.

Die ersterere entscheidet daher über die, durch Uebertretung der Staats- und Gemeinde-Polizeigesetze, verwirkten Strafen, letztere dagegen über die Anwendbarkeit jener Gesetze, welche die, auf Verweigerung der dem Staate und den Gemeinden schuldigen Dienste und Ab-

gaben, gesetzten Strafen bestimmen, mithin über die Bestrafung derjenigen, welche sich einer Defraudation der indirecten Abgaben, es mögen diese in die Cassen des Staates oder der Gemeinden fließen, schuldig machen, über die Bestrafung der widerspenstigen Conscriptirten u. s. w.

§. 50.

In den vorstehenden Paragraphen (von §. 36 bis §. 49) ist das Gebiet der Administration, Polizei und Justiz, den Hauptgrundzügen nach, bezeichnet; weswegen nunmehr zu dem Versuche einer Andeutung zu der Organisation der, für die Besorgung der in Rede stehenden Geschäfte, erforderlichen Behörden und einer entsprechenden Direction der Wirksamkeit aller Zweige, zur Erreichung des gemeinsamen Zieles, übergegangen werden kann.

II. Abschnitt.

Versuch einer Andeutung zu der practischen Verwirklichung oder Organisation der Administration, Polizei und Justiz, mit Hinblick auf eine entsprechende Direction der Wirksamkeit aller Zweige, zur Erreichung des gemeinsamen Zieles.

§. 51.

Bei der Organisation der Administration,

Polizei und Justiz müssen nicht nur die, aus dem Wesen der verfassungsmässigen Monarchie, bereits entwickelten Grundsätze, sondern auch die nachstehenden, theils aus der Natur der in Rede stehenden Functionen, theils aus dem Staatszwecke, abgeleiteten, Anforderungen berücksichtigt werden.

§. 52.

Sämmtliche Staats-Geschäfte können zweckmässig nicht auf eine und dieselbe Weise behandelt werden, sondern es eignet sich für den einen Theil derselben mehr die collegialische, für den anderen dagegen die bureau-mässige Behandlungsart.

Das *Collegial-System* ist zweckmässiger für die sogenannten Regierungs-Geschäfte (d. h. für die Geschäfte der Gesetzgebung und der Verwirklichung jener Gesetze, durch deren Vollziehung eine Verletzung individueller Rechte unmöglich ist, *) und für die richterlichen Functionen; indem die Besorgung der ersteren local, personal und technische

*) Geschäfte der Art sind, die Organisation des Staates, die Ernennung der Staats-Beamten, die Anordnung der Ausführungs-Art (im Gegensatze der Ausführung selbst, bei welcher eine Verletzung individueller Rechte möglich ist,) der zur Beförderung der National-Bildung und des National-Wohlstandes zu treffenden Anstalten u. s. w.

Kenntnisse, Allseitigkeit der Umsicht und Berücksichtigung aller künftig möglichen Verhältnisse erfordert; in Ansehung der letzteren aber, bei der Unmöglichkeit, den Richter, außer der Responsabilität für die Einhaltung der Formen, auch für die Art und Weise der Subsumtion unter das Gesetz verantwortlich zu machen, nur in der Mehrheit der Urtheils-Sprecher objective Garantie gegen Partheilichkeit, Bestechlichkeit und Willkür liegt.

Für die Geschäfte der Administration und der Execution rechtskräftiger Urtheile dagegen ist das *Bureau-System* weit geeigneter, weil hier einer Seits die Erreichung des Staatszweckes durch schleuniges und energisches Handeln bedingt ist, anderer Seits aber die Verfügungen der, für Besorgung dieser Geschäfte bestellten, Beamten den Character der Abänderlichkeit haben.

§. 53.

So wenig, wie sämtliche Staats-Geschäfte, können *sämmtliche Gemeinde-Geschäfte* auf eine und dieselbe Weise zweckmässig behandelt werden.

Für die Geschäfte der Anordnung des Gemeinde-Haushaltes, (als die Feststellung des Gemeinde-Budget und des Gemeinde-Schuldentilgungs-Planes, die Bestimmung, ob die Ge-

de - Bedürfnisse durch Gemeinde - Umlagen oder durch die Aufnahme eines Capitals gedeckt werden sollen, u. d. g.) ist die collegialische, für die Geschäfte des Vollzuges dieser Anordnungen und die Geschäfte der Gemeinde - Polizei aber die büreaumäßige Behandlungsart geeigneter; weil es sich dort von Berathung dessen, was geschehen soll, hier dagegen nur von dem Vollzuge des Resultates früherer Berathungen und von der Befolgung bestehender Gesetze handelt.

§ 54.

Die Erreichung des Staats - und Gemeinde - Zweckes ist dadurch bedingt, dafs alle Gesetze vollzogen, und weder der Staat und die Gemeinden, noch die Staats - und Gemeinde - Glieder, durch irrige Anwendung der Gesetze, an ihren Rechten verletzt werden. Es sind daher aufser den Organen für die Vollziehung der Gesetze und für die Entscheidung der, über die Anwendbarkeit der letzteren, zwischen den Interessenten obwaltenden Contestationen, auch solche Organe erforderlich, welche:

- 1) auf die Vollziehung aller Gesetze durch die damit beauftragten Organe, ohne auf die materielle Geschäftsführung derselben directe einzuwirken, wachen, und, bei Ver-

letzung der Rechte des Staates oder der Gemeinden durch unrichtige Gesetzesanwendung, die Verantwortlichkeit dieser Organe, in so fern sich die letzteren weigern, die wegen dieser unrichtigen Gesetzesanwendung an sie gemachten Ansprüche auf Schadens-Ersatz zu erfüllen, vor den Administrativ-Gerichten geltend machen,

2) bei allen Streitigkeiten der Staats-Glieder unter sich, den Staat, in so fern derselbe, des allgemeinen Wohles oder der allgemeinen Ordnung wegen, dabei betheiligt ist *), vor Gericht vertreten, über Einhaltung aller, die formelle Geschäfts-Führung der Gerichte bestimmenden, gesetzlichen Normen wachen, und die Nichtigkeits-Erklärung aller mit Vernachlässigung gesetzlicher Formalitäten ausgesprochenen Urtheile veranlassen.

§. 55.

Da alle Beamten der Staats- und Gemeinde-Administration für jede Ueberschreitung der Gesetze, es mögen dadurch Rechte dieser Corporationen oder ihrer Glieder verletzt werden, verantwortlich sind, und diese Verantwortlichkeit die Staats- und Gemein-

*) Wie bei Ehescheidungs-Sachen, bei Streitigkeiten zwischen mehreren Gewerbs-Berechtigten u. d. g.

meinde-Glieder selbst, der Staat und die Gemeinden aber durch die in dem vorstehenden Paragraphen No. 1. bezeichneten Organe geltend machen können, so bedarf es nur in Ansehung jener administrativen Geschäfte, deren Einfluß nicht auf den Bezirk des Beamten beschränkt ist, eine, auch auf die materielle Geschäftsführung sich erstreckende, Unterordnung unter höhere Behörden, welche jedoch um so weniger auf alle administrativen Geschäfte auszudehnen ist, als dieselbe die Geltendmachung der Verantwortlichkeit der Administrativ-Behörden erschwert.

§. 56.

Allen in dieser Abhandlung, aus dem Wesen der verfassungsmässigen Monarchie, abgeleiteten Grundsätzen und den, in den vorstehenden Paragraphen (von §. 52 bis §. 55), entwickelten Anforderungen wird entsprochen,

A) in Ansehung der Gemeinde-Administration und Gemeinde-Polizei,

wenn:

- 1) die Besorgung sämtlicher Gemeindegeschäfte, mithin auch die Gemeinde-Administration und Gemeinde-Polizei, nach ihrem oben (§. 38, §. 44 und §. 45) bezeichneten Umfange, den *Gemeinden* überlassen, und

- 2) in Ansehung der Gemeinde - Geschäfte die Thätigkeit der Staats - Administration, mit Ausnahme der Gemeinde - Vermögens - Curatell - Geschäfte, auf die *Aufsicht über die Geschäftsführung* beschränkt ist,
- 3) die für die Anordnung des Gemeinde - Haushaltes bestimmten Organe nach dem Collegial Systeme, die mit Vollziehung dieser Anordnungen und der Gemeinde - Polizei - Gesetze beauftragten Organe aber nach dem Bureau - Systeme gebildet sind, und
- 4) die ersteren, unbeschadet der Oberraufsicht des Staates, die Geschäfts - Führung der letzteren, jedoch ohne directe Einwirkung in dieselbe, controliren;

B) in Ansehung der Staats - Administration und Staats - Polizei,

wenn:

- 1) das ganze Staats - Gebiet, zum Zwecke der Besorgung dieser Staats - Geschäfte, mit Rücksicht auf die Bevölkerung der Gemeinden und auf die Entfernung der einzelnen Orte von einander, in Bezirke abgetheilt,
- 2) in jedem solchen Bezirke, ein eigener Beamte für die Verwaltung des Staatsvermögens, und ein eigener Beamte für die Ausübung der dem Staate, auf persönliche Dienstleistungen der Staatsglieder, zustehen-

den Rechte und für den Vollzug der Staats - Polizeigesetze *) — mithin auch zur Aufsicht über die Geschäfts - Führung der Gemeinden und für die Ausübung der dem Staate, über das Vermögen der letzteren, zustehenden Curatel — aufgestellt, und

- 3) in jeder Gemeinde ein Gemeindeglied dazu erwählt ist, den letzteren Beamten, aus bürgerlicher Pflicht, demnach unentgeltlich, in seiner Geschäftsführung zu unterstützen, mithin über die Vollziehung der Staats - Polizeigesetze in den Gemeinden zu wachen, in allen, in der Gemeinde sich ergebenden, in das Gebiet der Staats - Polizei gehörigen Vorfällen nöthigenfalls provisorisch zu verfügen, dieselben ungesäumt dem Bezirks - Beamten anzuzeigen, die von diesem erhaltenen Befehle zu vollziehen u. s. w.
- 4) der für Verwaltung des Staatsvermögens aufgestellte Bezirks - Beamte, sowohl in Rücksicht der formellen als materiellen Geschäftsführung, den höheren Administrativ - Behörden untergeordnet,
- 5) der andere Bezirks - Beamte dagegen für die

*) Die Staats - Polizei in den oben (§. 42 und §. 43) entwickelten Umfange genommen.

Besorgung jeher Geschäfte der Staats-Polizei, deren Einfluss auf den Bezirk sich beschränkt, *ausschliessend verantwortlich*, daher

- 6) in Ansehung dieses Theiles der Geschäftsführung blofs unter die Aufsicht der höheren Administrativ-Behörden gestellt, und die directe Einwirkung der letzteren auf jene Geschäfte beschränkt ist, welche die Ausübung der dem Staate, auf persönliche Dienstleistungen seiner Glieder, zustehenden Rechte und den Vollzug der Staats-Polizeigesetze über solche Gegenstände betreffen, deren Einfluss sich über die Grenzen der einzelnen Bezirke erstreckt,
- 7) das Staatsgebiet, neben der Eintheilung in Bezirke, auch in Kreise abgetheilt ist,
- 8) in jedem Kreise für sämtliche Theile der Staats-Administrations-Geschäfte, dieselben nach den, zu ihrer Besorgung erforderlichen, besonderen wissenschaftlichen oder technischen Kenntnissen ausgeschieden, besondere Organe, nach dem Bureau-Systeme, gebildet sind,
- 9) die mit der Verwaltung des Staats-Vermögens beauftragten Kreis-Behörden, in allen durch Gesetze oder durch Entschliessungen der höchsten Administrativ-Behörde in Voraus regulirten Gegenständen,

zwar unter der Aufsicht dieser Behörden, jedoch *selbstständig* und *auf eigene Verantwortung*, in allen anderen Gegenständen aber nur mittelst directer Einwirkung der höchsten Administrativ-Behörde handeln,

- 10) die für die Ausübung der dem Staate, auf persönliche Dienstleistungen der Staats-Glieder, zustehenden Rechte und für den Vollzug der Staats-Polizei-Gesetze bestimmten Kreis-Behörden nur in jenen Gegenständen ihrer Geschäfts-Sphäre, welche nicht auf das Interesse der Kreis-Bewohner beschränkt sind, unter der directen Einwirkung der höchsten Administrativ-Behörde, in Ansehung aller übrigen Gegenstände aber bloß unter der Aufsicht derselben stehen, und denselben sonach die Besorgung der, Gegenstände letzterer Art betreffenden, Geschäfte *auf eigene Verantwortlichkeit* überlassen ist *), endlich

*) Die Besorgung der Regierungs-Geschäfte, deren Umfang bereits oben (§. 52) angegeben wurde, ist durch local und personal Kenntnisse bedingt. Die Ertheilung der Aufschlüsse hierüber liegt in allen Staaten den Kreis-Behörden ob, auch ist denselben die Gewalt zur unmittelbaren Besorgung meherer Arten von Regierungs-Geschäften, als zu der Ernennung des unteren Medizinal- und Schul - Personals u. s. w. ertheilt. Da nach

11) für die oberste Leitung sämtlicher Geschäfte der Staats-Administration besondere Organe gebildet sind, und für eine stäte Controle ihrer Thätigkeit Vorsorge getroffen ist.

c) in Ansehung der Justiz,
wenn:

1) in jedem Bezirke ein Justiz-Beamte aufgestellt ist:

a) für die Instruction der Civil-Prozesse *),

den obigen Ausführungen die Regierungsgeschäfte am zweckmässigsten nach dem Collegial-Systeme behandelt werden, so ist dies dadurch zu bewerkstelligen, daß aus den einzelnen Kreis-Behörden und, in sofern diese aus mehreren Individuen bestehen, deren Vorständen ein Collegium für Besorgung der Regierungsgeschäfte gebildet wird. Dem Präsidenten dieses Collegiums kann sodann zugleich, ohne ihm das Recht directer Einwirkung auf die einzelnen Geschäfts-Sphären der Kreisbehörden zu ertheilen, die Aufsicht über die Geschäfts-Führung der letzteren übertragen werden.

*) Es wird nemlich die Annahme jenes Prozesses-Systemes vorausgesetzt, nach welchem der Fällung eines jeden Civil-Erkenntnisses:

a) eine mündliche Verhandlung vor einem einzelnen Justiz-Beamten, zur Feststellung des historischen Theiles des Prozesses, und die schriftliche Fassung der Resultate dieser Verhandlung,

- b) für die Entscheidung der Civil-Prozesse in erster Instanz, in so fern dieselben Streitigkeiten zwischen Dienstherrschaften und Dienstbothen, zwischen Vermiether und Miether, und über Personal-Foderungen unter 50 fl. betreffen,
 - c) für die Instruction der Administrativ-Prozesse der Staats-Glieder unter sich,
 - d) für die Ausübung der administrativen Strafjustiz, (im weiteren, §. 49 angegebenen, Sinne des Wortes,) in Ansehung aller, das Interesse der Gemeinden verletzenden, Uebertretungen *), endlich
 - e) für die Leitung der Vollziehung rechtskräftiger Erkenntnisse,
- 2) für vier bis fünf Bezirke ein, aus drei bis vier Richtern bestehendes, Untergericht gebildet,

durch ersteren, unter Zustimmung der Partheien,

- b) die Ablesung der zu Protokoll gebrachten Thatgeschichte vor versammeltem Gerichte und die mündlichen Rechts - Ausführungen der, hiebei anwesenden, Partheien vorausgehen, und
 - c) mit dem Ausdrucke, Instruction, nur die unter lit. a angegebene Thätigkeit bezeichnet wird.
- *) In Ansehung dieser Strafverhandlungen tritt der, mit Verwaltung der gerichtlichen Gemeinde-Polizei beauftragete, Gemeinde - Beamte als Kläger auf.

- 3) bei einem jeden solchen Untergerichte ein Staatsanwalt angestellt und beauftragt ist, über die Einhaltung aller, die formelle Geschäftsführung der Gerichte bestimmenden, Normen zu wachen, bei allen Streitigkeiten der Staatsglieder unter sich das Interesse des Staates, in so fern derselbe, des allgemeinen Wohles oder der allgemeinen Ordnung wegen, dabei betheiligt ist, zu wahren, unter Vorlage der, von dem mit der Besorgung der Staats-Polizei-Geschäfte beauftragten Bezirksbeamten gesammelten, Beweise diejenigen, welche durch Verbrechen oder Vergehen den Rechtszustand im Staate verletzt haben, als öffentlicher Ankläger gerichtlich zu verfolgen, und als solcher die Rechte des Staates sowohl überhaupt, als insbesondere bei der, der Fällung eines jeden Erkenntnisses vorhergehenden, mündlichen und öffentlichen Verhandlung zu vertreten,
- 4) das Untergericht in allen Civil-Prozessen, mit Ausnahme der Nr. 1 lit. b bezeichneten Streitsachen, in erster, in Ansehung der eben erwähnten Streitsachen aber in zweiter und, wenn das Streitobject 50 fl. nicht übersteigt, in letzter Instanz erkennt, ferner
- 5) in allen peinlichen Sachen die erste Instanz bildet,

- 6) für sämtliche Untergerichte jedes Kreises ein Kreisgericht, als zweite, und für sämtliche Kreis - Gerichte ein oberstes Gericht, als dritte und letzte Instanz, in allen civil und peinlichen Sachen, bestehet,
- 7) bei jedem dieser Gerichtshöfe ein Staats - Anwalt mit dem unter Nr. 3 bezeichneten Wirkungskreise aufgestellt ist,
- 8) in jedem Kreise ein Administrativ - Justiz - Collegium bestehet *), um

*) Die Bestellung besonderer Gerichte für die Administrativ - Justiz und administrative Straf - Justiz, und besonderer Gerichte für die Civil - Justiz und peinliche Straf - Justiz, wird dadurch gerechtfertiget, dafs

- a) die administrativen Rechtsverhältnisse und die Uebertretungen, von den civil Rechtsverhältnissen, Verbrechen und Vergehen, so wie die, jene Rechtsverhältnisse und die Strafen der Uebertretungen bestimmenden, Gesetze, von den, diese Rechtsverhältnisse und die Strafen der Verbrechen und Vergehen regulirenden, Gesetzen, nach den obigen Ausführungen (§. 9), generisch verschieden, und
- ß) in allen diesen Gesetzes - Sphären gleich vollkommen ausgebildete Individuen, wegen des grossen Umfanges der ersteren, besonders in Ermanglung eines Administrativ - und allgemeinen Civil - Gesetzbuches, sehr selten sind.

- a) die Administrativ-Prozesse der Staats- und Gemeinde-Administrationen mit den Staats- und Gemeinde-Gliedern und Staats- und Gemeinde-Beamten zu instruiren,
- b) diese Streitigkeiten, so wie die Administrativ-Prozesse der Staatsglieder unter sich, in erster Instanz zu entscheiden, und
- c) die administrative Strafjustiz, (im weiteren, §. 49 angegebenen, Sinne des Wortes,)

Uebrigens folgt aus den bisher entwickelten Maximen von selbst, daß die Mitglieder der Administrativ-Justiz-Collegien von allen administrativen Geschäften ausgeschlossen, mit allen die Erfüllung der Richter-Amtspflicht verbürgenden Erfodernissen versehen, mithin auch inamovil seyn müssen, und nur die administrativen Gesetze und die Rechtstheorie, keineswegs aber in den Gesetzen nicht beachtete und durch dieselben nach der Art ihres Einflusses nicht bestimmte Rücksichten des allgemeinen Wohles, als Entscheidungsnorm, zu Grunde legen können. Rücksichten der Art dürfen um so weniger zur Entscheidungsnorm erhoben werden, als die bürgerliche Freiheit durch ausschließende Herrschaft des Gesetzes d. h. dadurch bedingt ist, daß Niemand zu anderen, als den gesetzlich vorgeschriebenen Handlungen oder Unterlassungen gezwungen werde.

- in Ansehung aller, das Interesse des Staates verletzenden, Uebertretungen, in erster, in Betreff der, das Interesse der Gemeinden gefährdenden, Uebertretungen aber, in zweiter Instanz, auszuüben,
- 9) bey jedem dieser Collegien ein Staats-Anwalt angestellt ist, um über die Einhaltung aller, die formelle Geschäftsführung der Gerichte bestimmenden, Normen zu wachen, das Interesse des Staates bei allen administrativen Streitigkeiten zu wahren, und in Ansehung aller, das Interesse des Staates verletzenden, Uebertretungen, unter Vorlage der, von dem mit der Verwaltung der Staats-Polizei beauftragten Bezirks-Beamten gesammelten, Beweise als Kläger aufzutreten,
- 10) ein oberstes Administrativ - Justiz - Collegium in allen Gegenständen der Administrativ - Justiz und administrativen Straf - Justiz, als letzte Instanz, entscheidet,
- 11) bei demselben ein Staats - Anwalt mit dem unter No. 9 bezeichneten Wirkungskreise aufgestellt ist,
- 12) ein besonderes Collegium, (gewöhnlich *Cassationshof* genannt,) für die Bewahrung des Interesses des Gesetzes, d. h. dafür besteht, die Nichtigkeit jener civil, administrativ und strafgerichtlichen Erkenntnisse.

welche mit *Verletzung gesetzlicher Förmlichkeiten* oder gegen klare Gesetze gefällt worden sind, auszusprechen, und die Competenz-Conflicte zwischen den Civilgerichten und den peinlichen Strafgerichten einer, und den Administrativ-Gerichten und administrativen Strafgerichten anderer Seits, zu entscheiden, endlich

- 13) bei diesem Collegio ein Staats-Anwalt angestellt ist, welcher das Gesetz gegen jede Verletzung vertritt, mit den, bei den einzelnen Gerichten angestellten, Staats-Anwälten in stäter Geschäfts-Verbindung steht, wenn es die Partheien unterlassen, auf die Cassation aller mit Verletzung gesetzlicher Förmlichkeiten oder gegen klare Gesetze gesprochenen Urtheile anträgt, und mithin auch dafür sorgt, daß sich nicht durch gesetzwidrige Urtheile eine Art von Herrschaft der Präjudizien gegen das Gesetz bilde.

S c h l u s s.

Möge diese Entwicklung, über die Nothwendigkeit und Art der Trennung der Justiz von der Administration und Polizei

in Staaten mit Verfassung, beitragen, eine *Wahrheit* aufser Zweifel zu setzen, welche im Gebiete der Theorie, wie der Praxis gleiche Wichtigkeit behauptet! —

In solchen grossen Dingen wird ein lebendiges Streben für die Sache Nachsicht gründen, wenn auch dem Versuche der Darstellung der Beyfall des Gelehrten oder Geschäftsmannes in vielen Punkten versagt werden sollte.

Barth, Josef

Über die Nothwendigkeit und Art der Trennung der Justiz von der
Administration in Staaten mit Verfassung

Würzburg 1823

Diss. 730,7

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10841634-0